

## Niederschrift

### Sitzung der Stadtverordnetenversammlung der Universitätsstadt Marburg (öffentlich)

---

**Sitzungstermin:** Freitag, 16.07.2021  
**Sitzungsbeginn:** 16:55 Uhr  
**Sitzungsende:** 21:25 Uhr  
**Ort, Raum:** Erwin-Piscator-Haus, Großer Saal, Biegenstraße 15, 35037 Marburg

---

#### Anwesende Mitglieder

##### Vorsitz

Frau Dr. Elke Neuwohner - B90/Die Grünen

##### reguläre Mitglieder

Frau Nadine Bernshausen - B90/Die Grünen  
Herr Dietmar Göttling - B90/Die Grünen  
Herr Dr. Payam Katebini - B90/Die Grünen  
Frau Marion Messik - B90/Die Grünen  
Herr Marco Nezi - B90/Die Grünen  
Frau Dr. Christa Perabo - B90/Die Grünen  
Herr Lukas Ramsaier - B90/Die Grünen  
Frau Katharina Rink - B90/Die Grünen  
Frau Martina Rupp - B90/Die Grünen  
Herr Christian Schmidt - B90/Die Grünen  
Frau Madelaine Stahl - B90/Die Grünen  
Herr Maximilian Walz - B90/Die Grünen  
Frau Karen von Rüden - B90/Die Grünen  
Herr Liban Abdirahman Farah - SPD  
Frau Fatma Aydin - SPD  
Herr Thorsten Büchner - SPD  
Herr Felix Burghardt - SPD  
Frau Myriam Hövel - SPD  
Herr Schaker Hussein - SPD  
Frau Alexandra Klusmann - SPD  
Frau Erika Lotz-Halilovic - SPD  
Herr Dr. Mohammad Malmanesh - SPD  
Herr Steffen Rink - SPD  
Herr Matthias Simon - SPD  
Frau Anna-Lena Stenzel - SPD

Herr Gerald Weidemann - SPD  
Herr Jens Womelsdorf - SPD  
Herr Dirk Bamberger - CDU  
Frau Jelena Dejanovic - CDU  
Herr Hermann Heck - CDU  
Herr Walter Jugel - CDU  
Herr Winfried Kissel - CDU  
Herr Phillip Knaack - CDU  
Herr Lars Küllmer - CDU  
Herr Roger Pfalz - CDU  
Herr Heiko Schäfer - CDU  
Frau Karin Schaffner - CDU  
Herr Jens Seipp - CDU  
Frau Brigit von Barga - CDU  
Herr Jan von Ploetz - CDU  
Frau Renate Bastian - Marburger Linke  
Frau Tanja Bauder-Wöhr - Marburger Linke  
Herr Roland Böhm - Marburger Linke  
Herr Jan Schalauske - Marburger Linke  
Frau Inge Sturm - Marburger Linke  
Herr Miguel Angel Sánchez Arvelo - Marburger Linke  
Frau Stefanie Wittich - Marburger Linke  
Frau Isabella Aberle - Klimaliste Marburg  
Frau Mariele Diehl - Klimaliste Marburg  
Herr Salomon Lips - Klimaliste Marburg  
Herr Maik Schöniger - Klimaliste Marburg  
Frau Lisa Freitag - FDP  
Herr Michael Selinka - FDP  
Herr Roland Frese - BfM  
Frau Andrea Suntheim-Pichler - BfM  
Herr Matthias Pozzi - AfD  
Herr Dr. Michael Weber - Piratenpartei

### **Magistratsmitglieder**

Herr Oberbürgermeister Dr. Thomas Spies - SPD  
Herr Bürgermeister Wieland Stötzel - CDU  
Frau Stadträtin Kirsten Dinnebier - SPD  
Herr Stadtrat Christoph Ditschler - FDP  
Frau Stadträtin Alev Laßmann - B90/Die Grünen  
Frau Stadträtin Anne Oppermann - CDU  
Herr Stadtrat Hans-Werner Seitz - B90/Die Grünen  
Herr Stadtrat Ulrich Severin - SPD  
Frau Stadträtin Marina Siffermann-Gorr - CDU  
Herr Stadtrat Roland Stürmer - B90/Die Grünen  
Frau Stadträtin Sevim Yüzcü - SPD

### **Entschuldigte Mitglieder**

#### **reguläre Mitglieder**

Frau Lena Frewer - B90/Die Grünen

entschuldigt

## **Magistratsmitglieder**

Frau Stadträtin Lea Doobe - Klimaliste Marburg	entschuldigt
Herr Stadtrat Henning Köster-Sollwedel - Marburger Linke	entschuldigt
Frau Stadträtin Marianne Wölk - SPD	entschuldigt

## **Protokoll**

Herr Lothar Sprenger - Fachdienst kommunale Gremien

## **Protokoll:**

---

### **zu 1 Eröffnung der Sitzung**

---

Stadtverordnetenvorsteherin Dr. Elke Neuwohner eröffnet die Sitzung und begrüßt alle Anwesenden. Sie stellt die form- und fristgerechte Einladung zur der heutigen Sitzung sowie die Beschlussfähigkeit der Stadtverordnetenversammlung fest. Einwände dagegen werden nicht erhoben.

Im Anschluss gedenkt die Stadtverordnetenversammlung nach einigen einleitenden Worten der Stadtverordnetenvorsteherin und dem Dank an die Helferinnen und Helfer in einer Schweigeminute der Opfern der Hochwasserkatastrophe in Teilen Deutschlands.

Es folgt die Feststellung der Tagesordnung mit dem Hinweis der Stadtverordnetenvorsteherin, dass für die Sitzung zwei Dringlichkeitsanträge vorliegen. Daraufhin beantragt der Stadtverordnete Seipp für die CDU/FDP-Fraktion die Einberufung des Ältestenrates. Dies wird von der BfM unterstützt.

Die Stadtverordnetenvorsteherin unterbricht daraufhin die Sitzung um 17:00 Uhr und beruft den Ältestenrat ein.

Um 18:20 Uhr wird die Sitzung der Stadtverordnetenversammlung fortgesetzt. Stadtverordnetenvorsteherin Dr. Neuwohner berichtet kurz über die Ergebnisse der Ältestenratssitzung und erklärt, dass die Fraktion B90/Die Grünen den eingereichten Dringlichkeitsantrag als Antrag ohne Dringlichkeit in das Verfahren gibt. Außerdem ziehen die antragstellenden Fraktionen den Antrag unter TOP 11.29 – Abwahl von Bürgermeister Wieland Stötzel – zurück.

Der verbleibende Dringlichkeitsantrag der CDU/FDP-Fraktion betr. Anschaffung von Luftreinigungsgeräten wird nach Begründung der Dringlichkeit durch den Stadtverordneten Selinka und Stellungnahme durch Bürgermeister Stötzel ohne Gegenrede als Tagesordnungspunkt (TOP) 10.1 auf die Tagesordnung der heutigen Sitzung genommen.

Die Stadtverordnetenvorsteherin trägt anschließend die Tagesordnung unter Berücksichtigung der Ergebnisse der Vorberatungen in den Ausschüssen vor. Ein Geschäftsordnungsantrag des Stadtverordneten Heck, die zur Fragestunde eingereichten kleinen Anfragen aufgrund der bereits fortgeschrittenen Sitzungsdauer schriftlich zu beantworten, findet keine Mehrheit. Gegen die Tagesordnung mit den genannten Änderungen ergeben sich keine Einwände.

---

#### **zu 1.1 Dringlichkeitsantrag der Fraktion B90/Die Grünen betr. Resolution der Stadtverordnetenversammlung Marburg Vorlage: VO/0222/2021**

---

Der Antrag wird durch die Antragstellerin vor Aufnahme auf die Tagesordnung in das Verfahren gegeben.

---

### **zu 2 Genehmigung der Niederschrift der Sitzung vom 25.06.2021**

---

Die Niederschrift ist allen Stadtverordneten mit der Einladung zur heutigen Sitzung zugegangen. Änderungen oder Ergänzungen werden auf Nachfrage nicht gewünscht. Die Niederschrift gilt somit in der vorliegenden Fassung als genehmigt.

---

**zu 3 Fragestunde**

---

Die zur Fragestunde eingereichten kleinen Anfragen sowie einzelne Nachfragen werden durch die zuständigen Dezernenten wie folgt beantwortet:

**Kleine Anfrage Nr. 01  
zur Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 16. Juli 2021**

<b>Fragesteller*in:</b>	Dirk Bamberger
<b>Fraktion / Partei:</b>	CDU/FDP

Am 22. Juni wurde gemäß Beschluss der Stadtverordnetenversammlung ein Teil des Verbindungsweges zwischen dem Hansenhausviertel und dem Richtsberg in Werner-Karry-Weg umbenannt. Die Namensgebung erfolgte offenbar im Rahmen einer kleinen Feierstunde. Nach welchen Kriterien wurde zu dieser Feierstunde eingeladen und wurden beim Kreis der geladenen Gäste im Stadtteil wohnende Stadtverordnete berücksichtigt?

<b>Stellungnahme/Antwort durch:</b>	FD 10 - Personal und Organisation
<b>Dezernent/Dezernentin:</b>	Oberbürgermeister Dr. Thomas Spies

**Stellungnahme/Antwort:**

Grundsätzlich ist es üblich, dass zu den Feierlichkeiten der Straßenbenennungen bzw. -umbenennungen der Universitätsstadt Marburg neben den Familienangehörigen lediglich Personen offiziell eingeladen werden, die entweder einen direkten Bezug zu der zu würdigenden Person hatten (z. B. Weggefährt\*innen, Vertreter\*innen einer Organisation, einer Partei o. ä.) und/oder die an der Herbeiführung des Beschlusses beteiligt gewesen waren (z. B. Initiator\*innen, Ortsvorsteher\*innen, Gutachter\*innen) oder in sonstiger Weise beteiligt sind (z. B. Anwohner\*innen, Grundstückseigentümer\*innen).

Wenngleich auch die Stadtverordneten sowie die Mitglieder des Magistrats an der Herbeiführung eines solchen Beschlusses beteiligt sind, werden diese grundsätzlich nicht offiziell zu den Feierlichkeiten eingeladen. Vorgenanntes gilt auch dann, wenn die Stadtverordneten oder die Magistratsmitglieder in diesem Stadtteil ihren Wohnsitz haben. Dies vor dem Hintergrund, da die Stadtverordnetenversammlung grundsätzlich durch die Stadtverordnetenvorsteherin sowie der Magistrat durch den Oberbürgermeister offiziell bei diesen Feierlichkeiten vertreten werden.

Üblicherweise wird auf die Enthüllung des Straßenschildes vorab in der örtlichen Presse hingewiesen, damit auch interessierte Bürger\*innen hieran teilhaben können. Aufgrund der aktuellen Corona-Situation wurde bei den letzten Straßenbenennungen hierauf allerdings verzichtet.

Zu der in Rede stehenden Feierstunde am 22.06.2021 lud Herr Oberbürgermeister Dr. Thomas Spies, im Namen des Magistrats, und Frau Dr. Elke Neuwohner, im Namen der Stadtverordnetenversammlung, gemeinsam ein. Offiziell eingeladen wurden ausschließlich die Familienangehörigen von Herrn Karry, d. h. die Ehefrau Edeltraud Karry sowie die vier Kinder und deren Familien. Auf Bitten der Hansenhaus-Gemeinde wurde das Einladungsschreiben im Nachgang der offiziellen Einladung auch noch, aufgrund deren Verbundenheit mit Herrn Karry, an die Vorsitzenden der Stadtteilgemeinden der Universitätsstadt Marburg versandt.

Als Initiatorin der Umbenennung und als Organisatorin der im Anschluss an die Enthüllung des Straßenschildes durchgeführten Feierstunde war selbstverständlich auch die Hansenhaus-Gemeinde, vertreten durch die Vorsitzende Frau Marianne Wölk und den Ehrenvorsitzenden Herrn Hans-Joachim Wölk, zugegen bzw. zu dieser eingeladen.

Dr. Thomas Spies  
Oberbürgermeister

**Kleine Anfrage Nr. 02**  
**zur Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 16. Juli 2021**

<b>Fragesteller*in:</b>	Gerald Weidemann
<b>Fraktion / Partei:</b>	SPD

Gibt es eine regelmäßige Kontrolle von Fahrradwegen (Schlaglöcher, Rollsplit, Astbruch, überhängende Äste) in der Stadt und im Stadtgebiet und wenn ja, weshalb gibt es dann immer wieder Situationen wie diese? (Bild zeigt die Gisselberger Straße am 24.6.21. Es ist offensichtlich, dass Radfahrer\* gezwungen sind, den Fahrradschutzstreifen zu verlassen)



<b>Stellungnahme/Antwort durch:</b>	FD 66 - Tiefbau
<b>Dezernent/Dezernentin:</b>	Bürgermeister Wieland Stötzel

**Stellungnahme/Antwort:**

Die an den Hauptverkehrsstraßen markierten Angebots- und Radfahrstreifen werden regelmäßig im Rahmen der Straßenkontrolle auf Schlaglöcher geprüft.

Bei den selbstständig geführten Geh- und Radwegen ist eine regelmäßige Kontrolle aufgrund der großen Anzahl derzeit nicht leistbar.

Hier ist die Verwaltung auf die Mitarbeit von Bürger\*innen durch Anrufe oder Meldungen über den „Mängelmelder“ und die „Meldeplattform Radverkehr“ angewiesen.

Die Online-Plattformen werden regelmäßig von mehreren Fachdiensten geprüft und die Anliegen (Schlaglöcher, Reinigung, Müllentsorgung, Grünschnitt etc.) sehr zeitnah bearbeitet.

Die Grünpflege des Radweges Gisselberger Straße – dazu gehört auch die „Bekämpfung“ des auf dem Foto abgebildeten japanischen Staudenknöterichs, eines sehr schnell wachsenden Neophyten – wird durch den Dienstleistungsbetrieb Marburg (DBM) im Dauerauftrag durchgeführt.

Je nach Witterung (strenger Winter, feuchtwarmer Frühling, ...) können die im Bild dargestellten Verhältnisse entstehen, da die zur Verfügung stehenden Pflegekolonnen den Bedarf nur sukzessive abarbeiten können.

Wieland Stötzel  
Bürgermeister

**Kleine Anfrage Nr. 03**  
**zur Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 16. Juli 2021**

<b>Fragesteller*in:</b>	Schaker Hussein
<b>Fraktion / Partei:</b>	SPD

Wie weit ist das intendierte Förderungsprogramm „Wasser“, was aus den eingestellten Geldern des Haushalts 2021 gespeist werden sollte, projektiert und wann wird die Richtlinie und die Bewerbung dafür gestartet?

<b>Stellungnahme/Antwort durch:</b>	FD 69 - Umwelt-, Klima- und Naturschutz, Fairer Handel
<b>Dezernent/Dezernentin:</b>	Bürgermeister Wieland Stötzel

**Stellungnahme/Antwort:**

Der Fachdienst 69 arbeitet im Moment noch an der Konzeption des Förderungsprogramms „Wasser“ und wird das Programm und die Richtlinie voraussichtlich nach der Sommerpause vorstellen.

Wieland Stötzel  
Bürgermeister

**Kleine Anfrage Nr. 04  
zur Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 16. Juli 2021**

<b>Fragesteller*in:</b>	Winfried Kissel
<b>Fraktion / Partei:</b>	CDU/FDP

Viele Betroffene können sich die Kosten für die Bestattung Angehöriger nicht leisten und müssen daher Unterstützung vom Sozialamt in Anspruch nehmen. Die sogenannten Sozialbestattungen kosten die Kommunen in Deutschland ca. 60 Millionen Euro im Jahr. Wie viele Sozialbestattungen hat es in 2020 in Marburg gegeben und wie hoch beliefen sich die Kosten dafür?

<b>Stellungnahme/Antwort durch:</b>	FD 50 - Soziale Leistungen
<b>Dezernent/Dezernentin:</b>	Oberbürgermeister Dr. Thomas Spies

**Stellungnahme/Antwort:**

Die Bestattungskosten gehören allgemein zu den Nachlassverbindlichkeiten und sind grundsätzlich von den Erben bzw. unterhaltsverpflichteten Angehörigen einer bzw. eines Verstorbenen entweder aus dem Nachlass oder aus entsprechender, etwaiger Bestattungsvorsorge zu bestreiten. Wenn weder Nachlass vorhanden ist noch eine Bestattungsvorsorge bestanden hat, müssen Verpflichtete die Bestattungskosten selbst, aus ihrem eigenem Einkommen und Vermögen, bezahlen.

Wenn den zur Tragung der Bestattungskosten verpflichteten Personen dies nicht zumutbar ist, weil sie selbst nur über geringes Einkommen oder Vermögen verfügen, kann gem. § 74 Zwölftes Buch Sozialgesetzbuch (SGB XII) die Übernahme von Bestattungskosten beim Sozialhilfeträger beantragt werden. Zuständig ist der Sozialhilfeträger, der bis zum Tod Sozialhilfe gewährt hat oder, in Fällen ohne Leistungsbezug, der Sozialhilfeträger am Sterbeort.

Nachstehend in tabellarischer Form eine Übersicht über aufgewendete Sozialhilfe gem. § 74 SGB XII im Haushaltsjahr 2020:

	Fälle	Kosten
Bestattungskosten für verstorbene Leistungsbe-rechtigte, die bis zu ihrem Tod Sozialhilfe von uns bezogen	33	90.557,76 €
Bestattungskosten für sonstige Fälle, die in Marburg verstorben sind	24	67.678,89 €

Die Kosten beinhalten Bestatterleistungen, ggf. Gebühren der Leichenschau sowie Friedhofsgebühren.

Dr. Thomas Spies  
Oberbürgermeister

**Kleine Anfrage Nr. 05  
zur Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 16. Juli 2021**

<b>Fragesteller*in:</b>	Marco Nezi
<b>Fraktion / Partei:</b>	Bündnis90/Die Grünen

Welche Maßnahmen zur Geschwindigkeitsreduzierung des MIV sind in der Straße „Bachweg“ geplant, insbesondere nachdem die größere Baustelle zur Aufstockung des Hauses mit der Hausnummer 15/17 abgeschlossen ist und für die scheinbar seinerzeit auf der Straße befindliche Hindernisse in Form von Blumen- oder Kräuterkübeln entfernt worden sind?

<b>Stellungnahme/Antwort durch:</b>	FD 33 - Straßenverkehr
<b>Dezernent/Dezernentin:</b>	Oberbürgermeister Dr. Thomas Spies

**Stellungnahme/Antwort:**

In dem angesprochenen Bereich des Bachwegs wurden neue private Stellplätze angelegt. Dadurch mussten die beiden dort vorhandenen Blumenkübel entfernt werden. Um die Nutzung der Parkplätze zu gewährleisten, können diese auch nicht wieder aufgestellt werden.

Der Bachweg ist eine wichtige und auch rege genutzte Radwegeverbindung zwischen dem Stadtteil Ockershausen und dem Bereich Schulzentrum und auch in Richtung Südbahnhof. Der Radverkehr in Richtung Leopold-Lucas-Straße musste den Kübel gegenüber den neuen Stellplätzen umfahren und dabei den Gegenverkehr beachten. Dies wurde häufig von Radfahrer\*innen bemängelt. An dieser Stelle wird zum Schutz für den Radfahrer eine neue Pforte für den Radverkehr markiert. Diese wirkt sich durch die Verengung der Fahrbahn auch positiv auf das Geschwindigkeitsniveau für den Verkehr in Richtung Stiftstraße aus.

Zur Geschwindigkeitsreduzierung werden neben den bereits vorhandenen, wechselseitig angeordneten, Parkplätzen auf der Fahrbahn temporär Geschwindigkeitsanzeigetafeln angebracht und Geschwindigkeitskontrollen durch die Verkehrsüberwachung durchgeführt.

Dr. Thomas Spies  
Oberbürgermeister

**Kleine Anfrage Nr. 06  
zur Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 16. Juli 2021**

<b>Fragesteller*in:</b>	Marco Nezi
<b>Fraktion / Partei:</b>	Bündnis90/Die Grünen

Welche Maßnahmen gedenkt der Magistrat zum Ausbau und zur Instandsetzung beleuchteter Jogging-Strecken in nächster Zeit umzusetzen, zum Beispiel zwischen Aquamar und Südbahnhof?

<b>Stellungnahme/Antwort durch:</b>	FD 42 - Sport
<b>Dezernent/Dezernentin:</b>	Stadträtin Kirsten Dinnebier



### **Stellungnahme/Antwort:**

Die Forderung nach einer beleuchteten Laufstrecke stammt aus der Sportentwicklungsplanung 2010. Insbesondere Frauen forderten die Einrichtung. Die Position ist eine der wenigen bisher nicht umgesetzten Vorhaben aus dem Sportentwicklungsplan. Auch von Seiten des Tourismus gibt es die Forderung, Laufstrecken auszuweisen und teilweise zu beleuchten. Der FD Sport hat ein Konzept erarbeitet.

Nach bisherigen Schätzungen belaufen sich die Kosten für ein Gesamtkonzept mindestens auf einen hohen sechsstelligen Bereich. Bisher gab es keine Umsetzung. Es gibt bzgl. Teilstrecken Bedenken aus naturschutzökologischer Sicht. Technisch könnte eine Umsetzung nur über den Tiefbau in Verbindung mit den Stadtwerken erfolgen.

Kirsten Dinnebier  
Stadträtin

### **Kleine Anfrage Nr. 07 zur Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 16. Juli 2021**

<b>Fragesteller*in:</b>	Roland Böhm
<b>Fraktion / Partei:</b>	Marburger Linke

Warum fehlt – trotz mehrfacher Hinweise – seit Jahren auf den in den Stadtbussen aushängenden Streckennetzplänen von Marburg die Haltestelle „Lärchenweg“, welche die Ein- und Ausstiegsstelle für das Hallenbad und die Waldschule in Wehrda ist?

<b>Stellungnahme/Antwort durch:</b>	Stadtwerke Marburg
<b>Dezernent/Dezernentin:</b>	Oberbürgermeister Dr. Thomas Spies

### **Stellungnahme/Antwort:**

Im neuen Layout des Liniennetzes ist von Seiten des Grafik-Büros leider versäumt worden, die Haltestelle „Lärchenweg“ aufzunehmen. Aktuell wird diese Darstellung überarbeitet, die fehlende Haltestelle wird aufgenommen und in der Netzgrafik für den Fahrplan 2022 dargestellt.

Dr. Thomas Spies  
Oberbürgermeister

### **Kleine Anfrage Nr. 08 zur Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 16. Juli 2021**

Frage von der Fragestellerin zurückgezogen.

### **Kleine Anfrage Nr. 09 zur Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 16. Juli 2021**

<b>Fragesteller*in:</b>	Matthias Pozzi
<b>Fraktion / Partei:</b>	AfD

Wie sind die durchschnittlichen Antwortzeiten bei Bürgeranfragen an die Stadt bzw. den Magistrat per Mail bzw. Brief, gibt es hierzu Eingangsbestätigungen und gibt es diesbezüglich eine Reklamationsstelle?

<b>Stellungnahme/Antwort durch:</b>	FD 72 - Bürger*innenbeteiligung
<b>Dezernent/Dezernentin:</b>	Oberbürgermeister Dr. Thomas Spies

### **Stellungnahme/Antwort:**

Der Dialog mit den Einwohnerinnen und Einwohnern Marburgs ist ein zentraler Bestandteil der Arbeit der Stadtverwaltung der Universitätsstadt Marburg. Die Fachdienste der Verwaltung beantworten täglich hunderte von Anfragen von Bürgerinnen und Bürgern auf schriftlichem, digitalem und telefonischem Weg. Sie sind niedrigschwellig erreichbar, da Kontaktdaten auf der Homepage der Universitätsstadt Marburg veröffentlicht sind.

Die Fachdienste geben umfassend Auskünfte innerhalb der bestehenden gesetzlichen Grenzen. Dabei ist die Dauer der Rückmeldung je nach Anliegen und Sachverhalt sehr unterschiedlich. Die Gesamtzahl der Anfragen und die Dauer der Bearbeitung wird nicht erfasst, da dies zu einem nicht vertretbaren bürokratischen Mehraufwand führen würde. Bei Anfragen mit höherem Zeitaufwand erfolgt in der Regel eine Eingangsbestätigung oder Zwischenmitteilung. Folgende Zahlen zu Einzelbereichen der Verwaltung können geliefert werden:

Beispiel Mängelmelder: Die hier gemeldeten Anfragen umfassen die Bereiche Ampelanlagen, Straßenlaternen, Straßenschäden, Verkehrsschilder und wilder Müll und werden von verschiedenen Fachdiensten der Verwaltung bearbeitet. In den vergangenen 12 Monaten wurden über den Mängelmelder insgesamt 923 Meldungen erfasst (Stand 2.7.2021). Dabei lag die durchschnittliche Lösungszeit bei 17,3 Tagen, wobei die durchschnittliche Freigabezeit der Meldungen bei 3,5 Tagen lag. Das heißt, dass die Bürgerinnen und Bürger nach durchschnittlich 3,5 Tagen über den Stand der Bearbeitung informiert wurden.

Beispiel Fachbereich 3 Öffentliche Sicherheit, Ordnung und Brandschutz:

Im Fachbereich 3 gehen an den Arbeitstagen täglich knapp 1.000 Briefe oder E-Mails von Bürgerinnen und Bürgern ein. Hinzu kommen in der gleichen Anzahl Anrufe und persönliche Besuche in der Frauenbergstraße 35. Alleine in der Ausländerbehörde müssen arbeitstäglich 450 bis 500 E-Mails, ca. 40 Briefe sowie 500 Anrufe bearbeitet werden. Alle Anfragen werden so schnell wie möglich, zu einem hohen Prozentsatz innerhalb der folgenden 2 Tage, beantwortet. Ist eine Frage nicht gleich zu beantworten, weil noch Informationen und Stellungnahmen anderer Fachdienste oder anderen Behörden einzuholen sind, wird eine Zwischennachricht erteilt. Es gibt auch Fälle, in denen es nicht von Anfang an klar ist, wie lange die Beantwortung dauert oder die Beantwortung verzögert sich aus nicht vorhersehbaren Gründen. In diesen Fällen kommt es in sehr seltenen Fällen zu Beschwerden.

Ansprechstellen für Beschwerden sind zunächst die Fachdienstleitungen bzw. die Fachbereichsleitungen.

Falls erforderlich, unterstützt der Fachdienst Bürger\*innenbeteiligung ebenso wie andere Anlaufstellen in der Verwaltung und die allgemeine Telefonzentrale Einwohnerinnen und Einwohner dabei, die fachlich zuständigen Ansprechpersonen in der Verwaltung zu finden.

Dr. Thomas Spies  
Oberbürgermeister

### **Kleine Anfrage Nr. 10 zur Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 16. Juli 2021**

<b>Fragesteller*in:</b>	Matthias Pozzi
<b>Fraktion / Partei:</b>	AfD

Wer ist für Meldungen über nächtliche Ruhestörungen und zu welchen Uhrzeiten zuständig, Ordnungsamt oder die Polizei?

<b>Stellungnahme/Antwort durch:</b>	FD 35 - Sicherheit und Verkehrsüberwachung
<b>Dezernent/Dezernentin:</b>	Bürgermeister Wieland Stötzel

### **Stellungnahme/Antwort:**

Meldungen über nächtliche Ruhestörungen können sowohl bei der Stadt Marburg als auch bei der Polizei erfolgen. Außerhalb der Bürozeiten erreicht man über die städtischen Telefonnummern die FEZ, die die Ordnungspolizei oder die Polizei dann informiert. Polizei und Ordnungsamt arbeiten dabei eng zusammen und im Einzelfall erfolgt eine Absprache, wer sich

um die Beschwerde kümmert.

Nach der Hessischen Lärmverordnung ist der Oberbürgermeister als allgemeine Ordnungsbehörde für Lärm zuständig. Grundsätzlich ist die Polizei für alle Bereiche der Gefahrenabwehr zuständig, wenn die Ordnungspolizei nicht erreichbar ist oder sich aus anderen Gründen nicht um die Lärmbeschwerde kümmern kann. Auch diese Einsätze erfolgen in enger Zusammenarbeit.

Es gibt keine Abgrenzung der Zuständigkeiten nach Uhrzeiten.

Wieland Stötzel

Bürgermeister

### **Kleine Anfrage Nr. 11 zur Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 16. Juli 2021**

<b>Fragesteller*in:</b>	Lisa Freitag
<b>Fraktion / Partei:</b>	CDU/FDP

Fällt Sportunterricht für Schulen in der Sporthalle am Georg-Gaßmann-Stadion aus, wenn dort die Stadtverordnetenversammlung tagt, und falls ja, werden die entfallenden Sportstunden nachgeholt oder anderweitig kompensiert?

<b>Stellungnahme/Antwort durch:</b>	FD 42 - Sport
<b>Dezernent/Dezernentin:</b>	Stadträtin Kirsten Dinnebier

#### **Stellungnahme/Antwort:**

Die Halle ist für die Vorbereitung und Durchführung der Stadtverordnetensitzung bereits ab Donnerstag, 14 Uhr, für Schulen und Vereine gesperrt, da insbesondere die Firma für Veranstaltungstechnik entsprechende Zeiten benötigt.

Bei der Juni-Sitzung sind insgesamt 12 Schuleinheiten, 2 Einheiten des Lehrertrainers, 2 Trainingseinheiten des Mädchen Basketball Leistungszentrums und 4 Trainingseinheiten des BC Marburg ausgefallen. Teilweise konnten die Einheiten wegen des guten Wetters draußen stattfinden.

Bei potentiellen Sitzungen im Winter wären noch 6 weitere Einheiten aus dem Bereich Basketball und Hockey betroffen, darunter das Abschlusstraining der Bundesligamannschaft vor dem nächsten Spieltag.

Im Winter wäre eine Kompensierung der Stunden kaum möglich.

Kirsten Dinnebier

Stadträtin

### **Kleine Anfrage Nr. 12 zur Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 16. Juli 2021**

<b>Fragesteller*in:</b>	Lisa Freitag
<b>Fraktion / Partei:</b>	CDU/FDP

Wie hoch war die Auslastung der "Outdoor SportBoxen" bis heute in 2021, 2020 und 2019?  
(<https://sport.marburg.de/portal/meldungen/neue-sportbox-im-georg-gassmann-stadion-in-marburg-900004379-23001.html>)

<b>Stellungnahme/Antwort durch:</b>	FD 42 - Sport
<b>Dezernent/Dezernentin:</b>	Stadträtin Kirsten Dinnebier

**Stellungnahme/Antwort:**

Sportboxen gibt es mittlerweile in zahlreichen deutschen Städten. Die Sportbox im Georg-Gassmann-Stadion ist ein Prototyp der ersten Generation, die –für die Stadt kostenlos- aufgestellt wurde. Sie ist noch die einzige Box, die mit einer Zahlung durch die Sporttreibenden funktioniert. Das neue Modell der Betreiberfirma funktioniert so, dass eine Flatrate seitens der Stadt gebucht wird und die Nutzung dann kostenlos für die Bevölkerung ist.

Die Nutzungen liegen deutlich unter den Flatrate-Modellen und beliefen sich auf 32 Nutzungen in 2019, 56 Nutzungen in 2020 und bisher 66 Nutzungen im ersten Halbjahr 2021.

Es liegt ein Angebot der Betreiberfirma zur Umstellung auf eine Flatrate mit einer Zahlung von 129,- € im Monat vor. Dieses wird gerade im Zusammenhang mit einem Standortwechsel geprüft. Es gibt eine Anfrage aus Bauerbach sowie die Idee, die Box auf den Richtsberg zu stellen.

Kirsten Dinnebier  
Stadträtin

**Kleine Anfrage Nr. 13  
zur Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 16. Juli 2021**

<b>Fragesteller*in:</b>	Dirk Bamberger
<b>Fraktion / Partei:</b>	CDU/FDP

In Anbetracht der angespannten Haushaltssituation wurden die Fachdienste aufgefordert in ihren Ressorts Einsparungen in jeweils bestimmter Höhe vorzunehmen. Der Magistrat wird gebeten Auskunft darüber zu geben, in welcher Höhe in den einzelnen Produkthaushalten Einsparungen eingefordert wurden. Gibt es Produkthaushalte mit (geplanten) signifikanten Budgetüberschreitungen?

<b>Stellungnahme/Antwort durch:</b>	FD 20 - Finanzservice
<b>Dezernent/Dezernentin:</b>	Oberbürgermeister Dr. Thomas Spies

**Stellungnahme/Antwort:**

Die Haushaltssituation der Stadt Marburg ist nicht als angespannt zu bezeichnen. Die Problematik der Haushaltsplanung in Marburg liegt in erster Linie in der starken Schwankungsbreite der Gewerbesteuerzahlungen, die regelmäßig, und so auch für das Jahr 2022, zu einem Absinken der Schlüsselzuweisungen führt. Durch die erhöhten Gewerbesteuerzahlungen im 1. Halbjahr 2021 sinken die Schlüsselzuweisungen 2022 voraussichtlich von bisher 22,1 Mio. € auf 5,4 Mio. €.

Die Planung der Produkthaushalte kann diesen starken Schwankungen nicht folgen. Sie muss unter Berücksichtigung der auf das Jahr bezogenen Besonderheiten, Kontinuität aufweisen. Aufgrund der zunehmenden Aktualität der Jahresabschlüsse liegen die Istzahlen des Vorjahres inzwischen bei den Mittelanmeldungen zur Haushaltsplanung vor und können als Grundlage für die Planung herangezogen werden. Für die Erstellung des Haushaltsplans 2022 dienen im Ergebnishaushalt die durchschnittlichen Istwerte der Produktbudgets der Jahre 2018 bis 2020 als Basis. Ausgehend von diesen Werten wurden vom Fachdienst Finanzservice unter Berücksichtigung einer angemessenen Kostensteigerungsrate Höchstwerte der Produktbudgets gebildet, die auf die einzelnen Sachkonten heruntergebrochen wurden. Die Fachdienste wurden auf dieser Grundlage dieser Zahlen – wie in jedem Jahr im Sinne einer sparsamen Haushaltsführung - gebeten zu prüfen, ob darüber hinaus für das Jahr 2022 Einsparungen möglich sind. Mit entsprechender Begründung war auch eine Überschreitung der Höchstwerte möglich. Es ist beabsichtigt, auch in den kommenden Haushaltsjahren so zu verfahren.

Der Haushaltsplan 2022 ist derzeit noch in der Erstellung. Die Produkthaushalte wurden noch

nicht abschließend festgelegt. Die Darstellung der einzelnen Produkthaushalte erfolgt mit der Einbringung des Haushalts.

Dr. Thomas Spies  
Oberbürgermeister

**Kleine Anfrage Nr. 14**  
**zur Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 16. Juli 2021**

<b>Fragesteller*in:</b>	Jens Seipp
<b>Fraktion / Partei:</b>	CDU/FDP

Nach den Großbränden in Busdepots in Düsseldorf und Hannover sehen einige Experten einen möglichen Zusammenhang mit dort abgestellten E-Bussen. Welche Sicherheitsvorkehrungen wurden durch die Stadtwerke im Depot der E-Busse getroffen, um solche Schadensereignisse zu vermeiden?

<b>Stellungnahme/Antwort durch:</b>	Stadtwerke Marburg
<b>Dezernent/Dezernentin:</b>	Oberbürgermeister Dr. Thomas Spies

**Stellungnahme/Antwort:**

Die Arbeitsstättenverordnung liefert bislang noch keine konkreten Vorgaben, wie Elektrofahrzeuge risikofrei abzustellen sind. Der Ladevorgang selbst ist eines der Hauptrisiken für den Ausbruch von Bränden bei E-Fahrzeugen. Vor diesem Hintergrund haben die Stadtwerke bei der Gefahrenbeurteilung beschlossen, die neuen E-Busse an einem extra eingerichteten Platz im Außenbereich abzustellen, dort befinden sich auch die Ladesäule, an der die beiden Busse geladen werden. Eine rasche Zugänglichkeit für den gekennzeichneten Abstellplatz ist im Brandfall für die Feuerwehr gegeben. Die SWMR halten sich zum Einsatz von E-Bussen, worunter auch Sicherheitsfragen fallen, durch regelmäßig stattfindende Seminare und Tagungen auf dem aktuellen Sachstand.

Dr. Thomas Spies  
Oberbürgermeister

**Kleine Anfrage Nr. 15**  
**zur Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 16. Juli 2021**

<b>Fragesteller*in:</b>	Roland Böhm
<b>Fraktion / Partei:</b>	Marburger Linke

Luftfilter gelten als wirksame Maßnahme, um das Coronarisiko in Klassenzimmern zu senken und Präsenzunterricht wieder dauerhaft zu ermöglichen. Wie ist der Stand der Umsetzung in Marburg, also: In wie vielen Schulen/Klassenzimmern sind sie bereits eingebaut bzw. werden sie kurzfristig (bis Ende der Sommerferien) vorhanden sein?

<b>Stellungnahme/Antwort durch:</b>	FD 65 - Hochbau
<b>Dezernent/Dezernentin:</b>	Bürgermeister Wieland Stötzel

**Stellungnahme/Antwort:**

Im Hinblick auf die kalte Jahreszeit und eine mögliche vierte Welle hat der hauptamtliche Magistrat festgelegt, dass über die Empfehlungen des Robert-Koch-Institutes und des Bundesumweltamtes hinaus weitere mobile Luftreinigungsgeräte beschafft werden sollen. Diese offiziellen Stellen empfehlen den Einsatz von mobilen Luftreinigungsgeräten lediglich in Räumen, die sich nicht ausreichend über Fenster lüften lassen. Für diesen Zweck stehen seit Anfang des Jahres 20 Geräte bereit, einige sind bereits an Schulen aufgestellt worden. Die zusätzlichen Geräte, die beschafft werden, sollen in Räumen eingesetzt werden, in denen

Besonderheiten bestehen, sei es durch ein ungünstiges Verhältnis von Klassen- zu Raumgröße oder beispielsweise besonders schutzbedürftige Kinder.

Das Beschaffungsverfahren (beschränkte Ausschreibung) wird derzeit vorbereitet. Die Lieferzeit liegt nach Auskunft der Hersteller bei ca. 4 Wochen.

Wieland Stötzel  
Bürgermeister

Nach Ablauf der für die Fragestunde vorgesehenen Zeit erklärt Stadtverordnetenvorsteherin Dr. Neuwohner diese für beendet. Die Fragen Nr. 16 bis 34 werden schriftlich beantwortet. Die Antworten sind dem Protokoll als Anlage beigefügt.

---

**zu 4 Wahl von Beisitzern\*Beisitzerinnen für den Anhörungsausschuss im Widerspruchsverfahren**  
**Vorlage: VO/0131/2021**

---

Für den Wahlvorbereitungsausschuss berichtet der Vorsitzende, Stadtverordneter Walz.

Im Ausschuss haben sich die Fraktionen auf der Grundlage der eingegangenen Wahlvorschläge auf einen gemeinsamen Wahlvorschlag verständigt. Die Namen werden durch den Ausschussvorsitzenden vorgetragen. Dem gemeinsamen Wahlvorschlag empfiehlt der Ausschuss einstimmig die Annahme.

Die Stadtverordnetenvorsteherin ruft anschließend den gemeinsamen Wahlvorschlag zur Abstimmung auf.

Die Stadtverordnetenversammlung wählt folgende Personen als Beisitzer\*innen für den Anhörungsausschuss im Widerspruchsverfahren:

**Gabi Joggerst-Naumann, Maite Becker** (B90/Die Grünen)  
**Dirk Vaupel, Dirk Bamberger, Heiko Schäfer** (CDU/FDP)  
**Carl-Ernst Boss, Felix Burghardt, Dominic Dehmel, Günter Nitsch** (SPD)  
**Nico Biver** (Marburger Linke)  
**Thomas Kutsch** (Klimaliste Marburg)

**Abstimmungsergebnis**  
einstimmig

---

**zu 5 Wahl von Mitgliedern des Jugendhilfeausschusses**  
**Vorlage: VO/0150/2021**

---

Für den Wahlvorbereitungsausschuss berichtet der Ausschussvorsitzende, Stadtverordneter Walz.

Auch bei der Wahl für den Jugendhilfeausschuss haben sich die Fraktionen auf einen gemeinsamen Wahlvorschlag geeinigt, den der Ausschussvorsitzende vorträgt. Dem gemeinsamen Wahlvorschlag empfiehlt der Ausschuss einstimmig die Annahme.

Nach Aufruf durch die Stadtverordnetenvorsteherin wählt die Stadtverordnetenversammlung folgende Personen als Mitglieder bzw. stellvertretende Mitglieder in den Jugendhilfeausschuss:

<b>Dr. Christa Perabo</b>	<b>Stellvertretung: Madelaine Stahl</b>	<b>(B90/Die Grünen)</b>
<b>Maximilian Walz</b>	<b>Stellvertretung: Katharina Rink</b>	<b>(B90/Die Grünen)</b>
<b>Justus Muckermann</b>	<b>Stellvertretung: Karin Schaffner</b>	<b>(CDU/FDP)</b>
<b>Philipp Knaack</b>	<b>Stellvertretung: Michael Selinka</b>	<b>(CDU/FDP)</b>
<b>Gerald Weidemann</b>	<b>Stellvertr.: Dr. Mohammad Malmanesh</b>	<b>(SPD)</b>
<b>Alexandra Klusmann</b>	<b>Stellvertretung: Anna-Lena Stenzel</b>	<b>(SPD)</b>
<b>Roland Böhm</b>	<b>Stellvertretung: Tanja Bauder-Wöhr</b>	<b>(Marburger Linke)</b>
<b>Isabella Aberle</b>	<b>Stellvertretung: Mariele Diehl</b>	<b>(Klimaliste Marburg)</b>

**Abstimmungsergebnis**  
einstimmig

---

**zu 6 Wahlvorschlag zur Wahl von 6 Mitgliedern des Jugendhilfeausschusses, die von den im Bereich des Jugendamtes wirkenden und anerkannten Trägern der freien Jugendhilfe vorgeschlagen werden**  
**Vorlage: VO/0193/2021**

Auch diese Vorlage ist im Wahlvorbereitungsausschuss vorberaten worden. Es berichtet der Vorsitzende, Stadtverordneter Walz. Der Ausschuss empfiehlt einstimmig der vorliegenden Liste zuzustimmen.

Die Stadtverordnetenversammlung folgt der Ausschussempfehlung und beschließt:

**Der vorliegenden Liste der Wahlvorschläge für den Jugendhilfeausschuss der Universitätsstadt Marburg 2021 - 2026 der im Bereich der Universitätsstadt Marburg wirkenden und anerkannten Träger der freien Jugendhilfe wird zugestimmt.**

**Abstimmungsergebnis**  
einstimmig

---

**zu 7 Planfeststellungsverfahren zum Bau und Betrieb einer partiellen Oberleitung für Batterie-Oberleitungsbusse (BOB-Projekt) in der Universitätsstadt Marburg**  
**Vorlage: VO/0136/2021**

Für den Ausschuss für Mobilität, Tourismus und digitale Transformation berichtet der Vorsitzende, Stadtverordneter Hussein. Der Ausschuss empfiehlt einstimmig der Vorlage zuzustimmen. Dies gibt ebenso für den Haupt-, Finanz- und Wirtschaftsausschuss, von dessen Vorberatung der Vorsitzende, Stadtverordneter Pfalz, berichtet.

Zu der Vorlage wurde im Ältestenrat Aussprache in Form eines Setzpunkte angemeldet. An dieser beteiligen sich die Stadtverordneten Schalauske, Ramsaier, Suntheim-Pichler, Womelsdorf und Pfalz sowie Oberbürgermeister Dr. Spies.

Nach Beendigung der Aussprache ruft die Stadtverordnetenvorsteherin die Vorlage zu Abstimmung auf und die Stadtverordnetenversammlung beschließt:

- 1. Die Stadtwerke Marburg Consult GmbH (SWMC), als inhousefähige Eigengesellschaft der Universitätsstadt Marburg und Aufgabenträgerorganisation, erhält im Namen und auf Rechnung der Universitätsstadt Marburg den Auftrag zur Vorbereitung und finalen Abstimmung eines Dienstleistungsvertrags mit der beauftragten Firma und wird bevollmächtigt zur praktischen Abwicklung des Planfeststellungsverfahrens zum Bau und Betrieb einer partiellen Obereitung für Batterie-Oberleitungs-**

busse (BOB-Projekt) in der Universitätsstadt Marburg.

2. Die Stadtwerke Marburg Consult GmbH (SWMC) wird beauftragt, die Rechnungen der beauftragten Firma zunächst zu begleichen und dafür entsprechende Mittel in den Wirtschaftsplänen für die Jahre 2021 und 2022 bereitzustellen. Entsprechende vertragliche Regelungen zwischen der SWMC und der Universitätsstadt Marburg werden ausgestaltet, ggf. unter Einbeziehung der Stadtwerke Marburg GmbH (SWMR).
3. Die Universitätsstadt Marburg wird nach dem Erhalt der bereits am 21.12.2020 zugesagten Bundesmittel für die Beauftragung der Fachfirmen und nach der entsprechenden Vereinnahmung der Bundesmittel im städtischen Haushalt der SWMR, als Gesellschafterin der SWMC, deren Kosten zur Durchführung des Planfeststellungsverfahrens zum Bau und Betrieb einer partiellen Oberleitung erstatten.
4. Unter Anerkennung der Unabweisbarkeit wird zur Deckung der Investition einschließlich der Dienstleistungen der SWMR bzw. der SWMC gem. § 102 Abs. 5 i. V. m. §100 Abs.1 HGO einer außerplanmäßigen Verpflichtungsermächtigung bei der Investitionsnummer I661.00321 von 1.519.750 € zugestimmt. Dieser Betrag entspricht den für das Jahr 2022 durch Förderbescheid zugesicherten Fördermitteln. Die Deckung der außerplanmäßigen Verpflichtungsermächtigung erfolgt durch die Investitionsnummern I650.00519 Kita Goldbergstraße Neubau i. H. v. 1.200.000 €; I650.001.6 Kita Unter dem Gedankenspiel i. H. v. 300.000 € und I661.005.5 Verkehrsstation Marburg-Süd i. H. v. 19.750 €.
5. Zu diesem Zweck wird bei der Investitionsnummer I661.00321 Planfeststellungsverfahren BOB ein Betrag von 1.519.750 € als Verpflichtungsermächtigung freigegeben.

#### **Abstimmungsergebnis**

Ja-Stimmen: B90/Die Grünen, CDU/FDP, SPD, Marburger Linke, Klimaliste Marburg, BfM, Piratenpartei  
Nein-Stimmen: keine  
Enthaltungen: AfD

Im Anschluss an die Abstimmung wird von 19:47 Uhr bis 19:58 Uhr eine Sitzungspause eingelegt. Mit Aufruf des folgenden Tagesordnungspunktes übernimmt der stellvertretende Stadtverordnetenvorsteher Nezi die Sitzungsleitung.

---

#### **zu 11.7 Antrag der CDU/FDP-Fraktion betr. Schulfreiheitspreis: "Grünes Klassenzimmer" - Unterricht, Begegnung und Bildung in und mit der "Natur" Vorlage: VO/0159/2021**

---

Für den Ausschuss für Bildung, Kinder und Jugend, Kultur und Sport berichtet der Vorsitzende, Stadtverordneter Weidemann. Der Ausschuss empfiehlt mehrheitlich den Antrag abzulehnen. Aussprache wurde angemeldet.

An der Aussprache beteiligen sich mit Redebeiträge die Stadtverordneten Selinka, Dr. Perabo und Hövel sowie Stadträtin Dinnebier.

Im Anschluss ruft die Stadtverordnetenvorsteherin zur Abstimmung auf und die Stadtverordnetenversammlung beschließt:

1. Die Stadt Marburg wird beauftragt: Ein Konzept für einen Schulförderpreis „Grünes Klassenzimmer“ zu erarbeiten und den Wettbewerb nach den Herbstferien im Oktober 2021 zu starten, um ihn dann künftig fortzuschreiben.



- 2. Die Stadt Marburg wird beauftragt: Ein Preisgeld für den Schulfreiheitspreis „Grünes Klassenzimmer“ in Höhe von 20.000 € jährlich bereitzustellen. Das Preisgeld kann auch auf verschiedene Projekte aufgeteilt werden.**
- 3. Die Antragsbegründung ist Teil dieses Schulförderpreises und soll in der Konzeptionierung erkennbar aufgegriffen werden.**

#### **Abstimmungsergebnis**

Ja-Stimmen: CDU/FDP, BfM  
Nein-Stimmen: Klimaliste Marburg  
Enthaltungen: B90/Die Grünen, SPD, Marburger Linke, AfD, Piratenpartei

---

#### **zu 11.15 Antrag der Fraktion Marburger Linke betr. zulässige Höchstgeschwindigkeit Frankfurter Straße Vorlage: VO/0172/2021**

---

Für den Ausschuss für Mobilität, Tourismus und digitale Transformation berichtet der Vorsitzende, Stadtverordneter Hussein. Der Ausschuss empfiehlt dem Antrag mehrheitlich die Annahme. Aussprache wurde im Ältestenrat durch die Fraktion Marburger Linke angemeldet.

Es sprechen die Stadtverordneten Sánchez Arvelo, Ramsaier, Büchner, Schäfer und Oberbürgermeister Dr. Spies.

Nach Beendigung der Aussprache und Aufruf durch die Stadtverordnetenvorsteherin fasst die Stadtverordnetenversammlung folgenden Beschluss:

**Der Magistrat wird beauftragt, unverzüglich Klarheit und Rechtssicherheit bezügl. der aktuell zulässigen Höchstgeschwindigkeit auf der Frankfurter Straße herzustellen und mit entsprechender Beschilderung bzw. Markierung abzubilden.**

#### **Abstimmungsergebnis**

Ja-Stimmen: B90/Die Grünen, SPD, Marburger Linke, Klimaliste Marburg, BfM, AfD, Piratenpartei  
Nein-Stimmen: CDU/FDP, AfD  
Enthaltungen: keine

---

#### **zu 11.25 Antrag der SPD-Fraktion betr.: Marburg zum Freiheitsraum für LGBTIQ-Personen erklären - Diskriminierung entgegneten Vorlage: VO/0187/2021**

---

Für den Ausschuss für Soziales, Gleichberechtigung, Antidiskriminierung und Bürger\*innenbeteiligung berichtet der Vorsitzende, Stadtverordneter Böhm. Der Antrag wurde im Ausschuss geändert, der geänderten Fassung empfiehlt der Ausschuss die Zustimmung. Aussprache in Form eines Setzpunktes wurde im Ältestenrat angemeldet.

An der Aussprache beteiligen sich die Stadtverordneten Burghardt, Diehl, von Rüden, Knaack und Bastian.

Nach Beendigung der Aussprache fasst die Stadtverordnetenversammlung folgende Beschlüsse:

- 1. Die Stadtverordnetenversammlung erklärt die Universitätsstadt Marburg – entsprechend der Entschließung des Europäischen Parlaments bezüglich der Europäischen Union vom 11. März 2021 – zum Freiheitsraum für LGBTIQ-Personen und verpflichtet**

sich einerseits weiterhin zu öffentlichen Maßnahmen zur Förderung und zum Schutz der Rechte von LGBTIQ-Personen und andererseits zur ausdrücklichen Sanktionierung von Mechanismen der strukturellen Diskriminierung.

2. Die Stadtverordnetenversammlung verurteilt das Vorgehen einiger Staaten gegen die Rechte von LGBTIQ-Personen, mit dem die Charta der Grundrechte der Europäischen Union und die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte eindeutig missachtet werden, sowie jede andere Form der Diskriminierung von LGBTIQ- Personen;
3. Die Stadtverordnetenversammlung fordert den Magistrat auf, zukünftig eine Regenbogenfahne (die progressive Pride-Flag) während des Pride-Monats Juni am Rathaus zu hissen.
4. a) Die Stadtverordnetenversammlung erkennt die besondere Lage von trans\* und inter\* Personen an, die oft stark von Diskriminierung betroffen sind und deren Sicherheit an öffentlichen Orten dadurch gefährdet ist. Dies betrifft in einem besonderen Maße mehrfach marginalisierte trans\* und inter\* Personen.
4. b) Die Stadtverordnetenversammlung fordert den Magistrat auf zu prüfen, wie die Sicherheit von trans\* und inter\* Personen in Marburg verbessert werden kann, um diesem Ausschuss entsprechende Vorschläge zu unterbreiten.
4. c) Die Stadtverordnetenversammlung erkennt den dgti-Ergänzungsausweis an, der als Hilfsmittel für trans\* und inter\* Personen dient, mit dem gewünschten Namen und Pronomen angesprochen zu werden.
4. d) Die Stadtverordnetenversammlung fordert den Magistrat auf, eine kurze Schulung für Busfahrer\*innen, Fahrkartenkontrolleur\*innen und in der Verwaltung Beschäftigte, die Ausweiskontrollen durchführen, in Auftrag zu geben, die über den dgti-Ergänzungsausweis aufklären soll, helfen soll diesen zu erkennen und darauf zu reagieren.

#### **Abstimmungsergebnis**

Ja-Stimmen: B90/Die Grünen, CDU/FDP, SPD, Marburger Linke, Klimaliste Marburg, BfM, Piratenpartei

Nein-Stimmen: keine

Enthaltungen: AfD

---

**zu 8 Städtebauförderprogramm "Lebendige Zentren"  
Fördergebiet "südwestliche Oberstadt"  
- Beschluss des "Integrierten städtebaulichen Entwicklungskonzeptes"  
(ISEK)  
Vorlage: VO/0142/2021**

---

Mit Aufruf des Tagesordnungspunktes um 21:02 Uhr übernimmt Stadtverordnetenvorsteherin Dr. Neuwohner wieder die Sitzungsleitung.

Für den Ausschuss für Stadtentwicklung, Bauen und Wohnen berichtet der Vorsitzende, Stadtverordneter Heck. Der Ausschuss empfiehlt einstimmig, der Vorlage zuzustimmen.

Dem schließt sich die Stadtverordnetenversammlung an und beschließt:

1. **Das auf Anregung des „Hessischen Ministeriums für Wirtschaft, Energie, Verkehr und Wohnen“ ergänzte „Integrierte städtebauliche Entwicklungskonzept“ (im Folgenden = ISEK) wird mit dem darin festgelegten Geltungsbereich und den formulierten Zielen und Maßnahmen als Grundlage für die weitere städtebauliche**

Entwicklung des Gebietes „südwestliche Oberstadt“ im Rahmen des Städtebauförderprogramms „Lebendige Zentren“ beschlossen.

2. Die Zusammensetzung der Steuerungsstruktur in Form der „Lokalen Partnerschaft“ wird beschlossen.

#### **Abstimmungsergebnis**

einstimmig

- 
- zu 9 Bauleitplanung der Universitätsstadt Marburg  
Bebauungsplan Nr. 6/17 "ehemaliges Hauptpostareal zwischen Eisenstraße  
und Zimmermannstraße" in Marburg**
- Bericht über die Ergebnisse der Prüfung, der während der öffentlichen Auslegung und der Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange eingegangenen Stellungnahmen
  - Satzungsbeschluss
  - Beschluss über die gestalterischen Festsetzungen des Bebauungsplanes
- Vorlage: VO/0155/2021**
- 

Für den Ausschuss für Stadtentwicklung, Bauen und Wohnen berichtet der Ausschussvorsitzende, Stadtverordneter Heck. Der Ausschuss empfiehlt mehrheitlich der Vorlage zuzustimmen.

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt nach Aufruf durch die Stadtverordnetenvorsteherin wie folgt:

1. Die während der öffentlichen Beteiligung gemäß § 3 Abs. 2 Baugesetzbuch (BauGB) sowie der Beteiligung der Behörden und Träger öffentlicher Belange gemäß § 4 Abs. 2 BauGB (i.V.m. § 13a BauGB und § 13 BauGB) abgegebenen Stellungnahmen wurden mit nachstehenden Ergebnis geprüft:
  - a) Die unter den Nummern 3, 5, 8 und 9 angeführten Stellungnahmen werden berücksichtigt
  - b) Die unter den Nummern 7, 10 und 12 angeführten Stellungnahmen werden teilweise berücksichtigt
  - c) Die unter den Nummern 1, 2, 6 und 11 angeführten Stellungnahmen werden nicht berücksichtigt
  - d) Die unter der Nummer 4 angeführte Stellungnahme mit einem Hinweis wird zur Kenntnis genommenDie Grundzüge der Planung werden durch die Abwägung nicht berührt.
2. Der Bebauungsplanentwurf Nr. 6/17 „ehemaliges Hauptpostareal zwischen Eisenstraße und Zimmermannstraße“ mit Begründung wird gemäß § 10 Abs.1 BauGB als Satzung beschlossen.
3. Die gestalterischen Festsetzungen des Bebauungsplanes Nr. 6/17 „ehemaliges Hauptpostareal zwischen Eisenstraße und Zimmermannstraße“ werden als Gestaltungssatzung gemäß § 91 Hessische Bauordnung (i.V.m. § 9 Abs.4 BauGB) beschlossen.

#### **Abstimmungsergebnis**

Ja-Stimmen: CDU/FDP, SPD, BfM, AfD, Piratenpartei  
Nein-Stimmen: Marburger Linke  
Enthaltungen: B90/Die Grünen, Klimaliste Marburg

- 
- zu 10 Dringlichkeitsanträge**
-

---

**zu 10.1 Dringlichkeitsantrag der CDU/FDP-Fraktion betr. Anschaffung von Luftreini-  
gungsgeräten  
Vorlage: VO/0220/2021**

---

Vor Abstimmung des Antrages bringt der Stadtverordnete Pfalz folgende Änderung ein: im vorletzten Satz wird das Wort „überplanmäßig“ ersetzt durch „im Rahmen der verfügbaren Haushaltsmittel“.

Den so geänderten Antrag ruft die Stadtverordnetenvorsteherin zur Abstimmung auf und die Stadtverordnetenversammlung beschließt:

**Die Stadtverordnetenversammlung beauftragt den Magistrat, zur Minimierung des Risikos einer Ansteckung mit dem Coronavirus kurzfristig für möglichst alle Klassenräume und Gruppenräume, bei denen die Notwendigkeit besteht, weitere mobile Luftreini- gungsgeräte zu beschaffen und die Planungen für die weitere Aus- bzw. Nachrüstung der Schulen und Kitas mit raumluftechnischen Anlagen vorzunehmen. Für diese Maß- nahmen stellt die Stadt im Rahmen der verfügbaren Haushaltsmittel 2 Millionen Euro zur Verfügung. Die Förderprogramme von Land und Bund sollen diesbezüglich ausge- schöpft werden.**

**Abstimmungsergebnis**

Ja-Stimmen: B90/Die Grünen, CDU/FDP, SPD, Marburger Linke, Klimaliste Marburg, BfM, Piratenpartei  
Nein-Stimmen: keine  
Enthaltungen: AfD

---

**zu 11 Anträge der Fraktionen**

---

**zu 11.1 Antrag der BfM betr.: Virtuelles und hybrides Stadtmuseum  
Vorlage: VO/0071/2021**

---

Der Antrag wurde im Ausschuss auf Wunsch der Antragstellerin erneut verschoben. Er gilt damit lt. § 7 Nr. 09 der Geschäftsordnung der Stadtverordnetenversammlung als zurückgezogen.

**zu 11.2 Antrag der Fraktion Marburger Linke betr. Teilnahme an der Europäischen  
Mobilitätswoche  
Vorlage: VO/0126/2021**

---

Der Antrag wurde im Ausschuss auf Wunsch der antragstellenden Fraktion zurückgestellt.

**zu 11.3 Antrag der Fraktion B90/Die Grünen betr. Beteiligung von Jugendlichen an  
der Stadtentwicklung Marburgs  
Vorlage: VO/0144/2021**

---

Für den Ausschuss für Bildung, Kinder und Jugend, Kultur und Sport berichtet der Vorsitzen- de, Stadtverordneter Weidemann. Der Antrag wurde im Ausschuss geändert. Der geänderten Fassung empfiehlt der Ausschuss mehrheitlich die Annahme.

Die Stadtverordnetenversammlung folgt der Ausschussempfehlung und beschließt:

**Der Magistrat wird aufgefordert,**

- 1. bei allen zukünftigen Stadtentwicklungs- und baupolitischen Maßnahmen mit dem Kinder- und Jugendparlament verstärkt auch die Marburger Jugend insgesamt im Blick zu haben und ihre Bedarfe in den Planungsprozess von Beginn an mit einzu-beziehen,**
- 2. für eine dauerhafte Beteiligung der Jugendlichen an diesen Stadtgestaltungsprozessen verbindliche Strukturen der zu entwickeln,**
- 3. bereits jetzt bei der Planung und Ausgestaltung von Spiel- und Aufenthaltsplätzen die im Umfeld der geplanten Maßnahmen lebenden Kinder und Jugendlichen zu be-teiligen,**
- 4. für die Fragen, bei welchen Maßnahmen in jedem Fall eine solche Beteiligung er-folgen sollte und welche Kinder und Jugendlichen für diese Beteiligung gewonnen werden können/sollten, die Kompetenz der Jugendhelfeträger, der Gemeinwesen-Projekte und des Kinder- und Jugendparlaments in Anspruch zu nehmen, denen da-für auch die Vorhabens-Liste der Stadtverwaltung zur Verfügung gestellt wird.**

#### **Abstimmungsergebnis**

Ja-Stimmen: B90/Die Grünen, SPD, Marburger Linke, Klimaliste Marburg,  
Piratenpartei  
Nein-Stimmen: CDU/FDP, BfM, AfD  
Enthaltungen: keine

---

#### **zu 11.4 Antrag der Fraktion B90/Die Grünen betr. Bewegungsräume in Marburg Vorlage: VO/0147/202**

---

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt:

**Der Magistrat wird aufgefordert zu berichten,**

- 1. über die Entwicklung quartiersbezogener Konzepte, durch die die Bewegungs-, Be-gegnungs- und Entspannungsmöglichkeiten der dort lebenden Menschen gefördert werden. Alle öffentlichen Plätze und Freiflächen sollen deshalb überprüft werden, ob und wie sie als Treffpunkte, Spiel-, Sport- und Bewegungsplätze von Kindern, Jugendlichen und Erwachsenen aller Altersgruppen genutzt werden können;**
- 2. wie die bestehenden Bewegungsflächen in den Quartieren gemeinsam mit den dort lebenden Kindern und Jugendlichen weiterentwickelt werden können auch bezüg-lich der Aspekte Nachhaltigkeit und Inklusion.**
- 3. wie darüber hinaus eine Spielplatzoffensive auf den Weg gebracht werden kann, bei der neben neuen Spielplätzen auch die Verbesserung bestehender bezüglich einer größeren Naturnähe (wenn möglich mit Zugang zu Wasser), mehr Abenteuer-, und Selbsterfahrungsmöglichkeiten stattfinden soll, wie zum Beispiel im Lern- und Ex-perimentierfeld Niederwalgern.**

#### **Abstimmungsergebnis**

einstimmig

---

**zu 11.5 Antrag der CDU/FDP-Fraktion betr. Umstellung von Leuchtmitteln im Georg-Gaßmann-Stadion auf LED**  
**Vorlage: VO/0157/2021**

---

Für den Ausschuss für Bildung, Kinder und Jugend, Kultur und Sport berichtet der Vorsitzende, Stadtverordneter Weidemann. Auch dieser Antrag wurde im Ausschuss geändert. Der geänderten Fassung empfiehlt der der Ausschuss einstimmig die Zustimmung.

Die Stadtverordnetenvorsteherin ruft den Antrag in der geänderten Fassung zur Abstimmung auf und die Stadtverordnetenversammlung beschließt:

**Der Magistrat wird gebeten, die Leuchtmittel auf den Kunstrasenplätzen im Georg-Gaßmann-Stadion sukzessive auf LED umzustellen.**

**Abstimmungsergebnis**

einstimmig

---

**zu 11.6 Antrag der CDU/FDP-Fraktion betr. Konzept zur Lärmvermeidung im öffentlichen Raum**  
**Vorlage: VO/0158/2021**

---

Für den Haupt-, Finanz- und Wirtschaftsausschuss berichtet der Vorsitzende, Stadtverordneter Pfalz. Der Antrag wurde im Ausschuss geändert. Der geänderten Fassung empfiehlt der Ausschuss einstimmig die Zustimmung.

Die Stadtverordnetenvorsteherin ruft die geänderte Fassung des Antrages zur Abstimmung auf und die Stadtverordnetenversammlung beschließt:

**Der Magistrat wird aufgefordert, ein Konzept zur Lärmvermeidung im öffentlichen Raum durch Bluetooth-Lautsprecher und andere Musikgeräte in Zusammenarbeit mit den Ortsbeiräten der Kernstadt zu entwickeln und dieses schnellstmöglich umzusetzen. Dabei soll zunächst mit entsprechenden Hinweisen (ähnlich wie bei der Kampagne „Marburg miteinander #fairimverkehr“) auf das Problem aufmerksam gemacht werden. Diese Hinweise sollen an problembehafteten Stellen gut sichtbar angebracht werden.**

**Abstimmungsergebnis**

Ja-Stimmen: B90/Die Grünen, CDU/FDP, SPD, Marburger Linke, BfM, AfD

Nein-Stimmen: Piratenpartei

Enthaltungen: Klimaliste Marburg

---

**zu 11.8 Berichtsantrag der CDU/FDP-Fraktion betr. Baugebiet Hasenkopf**  
**Vorlage: VO/0160/2021**

---

Die Stadtverordnetenversammlung fasst folgenden Beschluss:

**Der Magistrat wird gebeten, über den derzeitigen Stand der Planung des Baugebiets „Hasenkopf“ im zuständigen Fachausschuss zu berichten. Dabei sollen insbesondere folgenden Punkte Bestandteil des Berichts sein:**

- **Wie ist der aktuelle Stand beim städtebaulichen Realisierungswettbewerb?**
- **Wurden bereits Flächen durch die SEG erworben?**
- **Wann kann mit der Erschließung des ersten Bauabschnitts gerechnet werden?**
- **Ab wann können interessierte Bürgerinnen und Bürger mit einer Interessen-**

- **tenliste rechnen?**  
• **Bis wann wird die komplette Maßnahme abgeschlossen sein?**

### **Abstimmungsergebnis**

einstimmig

---

**zu 11.9 Antrag der CDU/FDP-Fraktion betr. Relaunch Homepage**  
**Vorlage: VO/0161/2021**

---

Der Antrag wurde im Ausschuss durch die antragstellenden Fraktion zurückgezogen.

---

**zu 11.10 Antrag der CDU/FDP-Fraktion betr. Marburg App**  
**Vorlage: VO/0162/2021**

---

Auch dieser Antrag wurde im Ausschuss durch die antragstellenden Fraktion zurückgezogen.

---

**zu 11.11 Antrag der CDU/FDP-Fraktion betr. Modernisierung Schlossparkbühne**  
**Vorlage: VO/0163/2021**

---

Für den Ausschuss für Bildung, Kinder und Jugend, Kultur und Sport berichtet der Vorsitzende, Stadtverordneter Weidemann. Der Ausschuss empfiehlt einstimmig dem Antrag zuzustimmen.

Die Stadtverordnetenversammlung folgt der Ausschussempfehlung und beschließt:

**Der Magistrat wird gebeten, die Freilichtbühne im Schlosspark umfassend zu modernisieren und neben der bereits beschlossenen Erneuerung der Bestuhlung ein Konzept für eine moderne Technik (Licht und Ton) sowie eine Zeltdachanlage bei der Konzeption zu berücksichtigen.**

**Erste Maßnahmen sollen nach Möglichkeit noch vor dem Sommer 2022 erfolgen, damit die Bühne vor dem Stadtfest „Marburg 800“ schon entsprechend ertüchtigt ist.**

### **Abstimmungsergebnis**

Ja-Stimmen: B90/Die Grünen, CDU/FDP, Marburger Linke, Klimaliste Marburg, BfM, Piratenpartei

Nein-Stimmen: AfD

Enthaltungen: SPD

---

**zu 11.12 Antrag der Fraktion B90/Die Grünen betr. Leben mit Hunden in Marburg**  
**Vorlage: VO/0164/2021**

---

Der Antrag wurde im Ausschuss für Bildung, Kinder und Jugend, Kultur und Sport vorberaten. Es berichtet der Vorsitzende, Stadtverordneter Weidemann. Der Ausschuss empfiehlt dem Antrag einstimmig die Annahme.

Dem schließt sich die Stadtverordnetenversammlung an und fasst folgenden Beschluss:

**Der Magistrat wird gebeten zu prüfen, wo auf dem Stadtgebiet eine abgezaunte Hundewiese ausgewiesen werden kann, auf der Hunde frei miteinander spielen können.**

### **Abstimmungsergebnis**

Ja-Stimmen: B90/Die Grünen, CDU/FDP, SPD, Marburger Linke, Klimaliste Marburg, BfM  
Nein-Stimmen: AfD  
Enthaltungen: Piratenpartei

---

#### **zu 11.13 Antrag der Fraktion Marburger Linke betr. Mieter\*innenbeirat einführen bei der GeWoBau Vorlage: VO/0166/2021**

---

Für den Ausschuss für Soziales, Gleichstellung, Antidiskriminierung und Bürger\*innenbeteiligung berichtet der Vorsitzende, Stadtverordneter Böhm. Der Antrag wurde im Ausschuss geändert. Der geänderten Fassung empfiehlt der Ausschuss bei Enthaltung der CDU/FDP einstimmig die Annahme.

Die Stadtverordnetenvorsteherin ruft die geänderte Fassung des Antrages zur Abstimmung auf und die Stadtverordnetenversammlung beschließt:

**Der Magistrat wird beauftragt, in Zusammenarbeit mit der städtischen Wohnbaugesellschaft GeWoBau herauszufinden, ob und wie eine Interessenvertretung der Mieterinnen und Mieter in Form gewählter Mieter\*innenbeiräte möglich ist, und wo dies gewünscht ist zu installieren. Außerdem soll gewährleistet werden, dass auch Mieter\*innen mit Migrationshintergrund adäquat angesprochen werden, um sie zur Beteiligung zu bewegen.**

### **Abstimmungsergebnis**

Ja-Stimmen: B90/Die Grünen, SPD, Marburger Linke, Klimaliste Marburg, Piratenpartei  
Nein-Stimmen: AfD  
Enthaltungen: CDU/FDP, BfM

---

#### **zu 11.14 Antrag der Fraktion B90/Die Grünen betr. Trinkwassererkundungsbohrung in Schröck Vorlage: VO/0171/2021**

---

Die Stadtverordnetenversammlung fasst folgenden Beschluss:

**Der Magistrat wird aufgefordert,**

- 1. über die nahe Schröck geplante Grundwassererkundungsbohrung detailliert zu berichten. Dabei soll der Bericht wenigstens die folgenden Aspekte mit beinhalten:**
  - a. Was genau ist technisch vorgesehen, welchen Zeitraum umfasst es und wie hoch sind die voraussichtlichen Kosten?**
  - b. Welche weiteren Schritte sind bei positiven Ergebnissen vorgesehen und welche Kosten wird dies voraussichtlich nach sich ziehen?**
  - c. Welche Auswirkungen auf die Umwelt wird die Erkundungsbohrung und der gegebenenfalls daran anschließende Schritt haben und wie wurde bzw. wird dies geprüft bzw. überprüft?**
  - d. Was ist die konkrete Veranlassung für die Erkundungsbohrungen?**



- e. **Welche strategischen Ziele werden mittelfristig mit dem Vorhaben verfolgt und welche Auswirkungen auf den ZMW, dessen Mitglied die Stadt Marburg ja ebenfalls ist, kann dies nach sich ziehen.**
2. **die Stadtverordnetenversammlung über wesentliche (Zwischen-)Ergebnisse zu informieren und vor nachfolgenden größeren Maßnahmenschritten, wie weiteren Erschließungsbohrungen und Umbau von Erkundungsbrunnen zu Förderbrunnen deren Zustimmung einzuholen.**

#### **Abstimmungsergebnis**

einstimmig

---

#### **zu 11.16 Antrag der Fraktion Marburger Linke betr. Hallenbad Wehrda Vorlage: VO/0173/2021**

---

Der Antrag wurde im Rahmen der Ausschussberatung durch die antragstellenden Fraktion zurückgezogen.

---

#### **zu 11.17 Antrag der Fraktion B90/Die Grünen betr. Umgestaltung der Leopold-Lucas-Straße zu einem Schulcampus Vorlage: VO/0174/2021**

---

Der Antrag wurde durch den vorberatenden Ausschuss zur Stellungnahme an den Ortsbeirat Ockershausen verwiesen.

---

#### **zu 11.18 Antrag der Fraktion Klimaliste Marburg betr. Maßnahmen gegen Vogelschlag an Gebäuden Vorlage: VO/0176/2021**

---

Für den Ausschuss für Stadtentwicklung, Bauen und Wohnen berichtet der Vorsitzende, Stadtverordneter Heck. Der Antrag wurde im Ausschuss geändert. Dem Antrag in der geänderten Fassung empfiehlt der Ausschuss einstimmig die Annahme.

Die Stadtverordnetenvorsteherin stellt den Antrag in der geänderte Fassung zur Abstimmung und die Stadtverordnetenversammlung beschließt:

**Der Magistrat wird gebeten, über die bisherigen Maßnahmen zum Schutz von Vogelschlag bei Bestands- und Neubauten zu berichten. Dabei soll insbesondere auch berichtet werden, ob und an welchen Gebäuden und Einrichtungen besonders häufig Vogelschlag zu verzeichnen ist und mit welchen Maßnahmen diesem begegnet werden kann.**

**Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen, dass an den Gebäuden, Liegenschaften und sonstigen Installationen (z. B. Buswartehäuschen), die der Stadt Marburg oder einer ihrer Tochtergesellschaften gehören (bspw. den Stadtwerken Marburg), geeignete Maßnahmen gegen Vogelschlag erstellt und umgesetzt werden. Es soll zudem geprüft werden, inwieweit durch eine systematische Aufklärungsarbeit der Stadt Marburg solche Maßnahmen auch für private Gebäude gefördert werden können.**

**Außerdem wäre zu prüfen, ob an den Schulen und sonstigen städtischen Bildungseinrichtungen solche Maßnahmen in Verbindung mit der zugehörigen Aufklärungsarbeit**

auch als Bestandteil von Projekttagen und im Rahmen der Umweltbildung oder ähnlichen Formaten durchgeführt werden können.

Weiterhin sollen insbesondere bei Neubauten der Stadt Marburg und ihrer Tochtergesellschaften schon in der Planungsphase Konzepte gegen Vogelschlag implementiert werden. Es ist dabei zu prüfen, inwieweit bauliche Maßnahmen (z. B. vogelsicheres Glas) eine geeignete Möglichkeit sind. Größere spiegelnde Glasflächen wären hier generell zu vermeiden.

Die Stadtverordnetenversammlung bittet zudem die Philipps-Universität Marburg, geeignete Maßnahmen gegen Vogelschlag, insbesondere im Bereich der neuen Universitätsbibliothek zu unternehmen. An diesem Gebäude wäre zudem von Seiten der Stadt und/oder der Universität ein systematisches Schlagopfermonitoring durchzuführen, um zu prüfen, inwieweit hier ein signifikant erhöhtes Kollisionsrisiko vorliegt.

#### **Abstimmungsergebnis**

Ja-Stimmen: B90/Die Grünen, CDU/FDP, SPD, Marburger Linke, Klimaliste Marburg, BfM, Piratenpartei  
Nein-Stimmen: keine  
Enthaltungen: AfD

---

#### **zu 11.19 Antrag der CDU/FDP-Fraktion betr.: Wissenschaftliche Erkenntnis über Kinderpsychologie nach Corona Vorlage: VO/0180/2021**

---

Von der Vorberatung des Antrages im Ausschuss für Bildung, Kinder und Jugend, Kultur und Sport berichtet der Vorsitzende, Stadtverordneter Weidemann. Der Ausschuss empfiehlt dem Antrag mehrheitlich die Ablehnung.

Die Stadtverordnetenversammlung folgt der Ausschussempfehlung und beschließt:

**Der Antrag wird abgelehnt.**

#### **Abstimmungsergebnis**

Ja-Stimmen: CDU/FDP, BfM  
Nein-Stimmen: B90/Die Grünen, SPD, Marburger Linke, Klimaliste Marburg  
Enthaltungen: AfD, Piratenpartei

---

#### **zu 11.20 Antrag der SPD-Fraktion betr. Marburg geht digital - digitale Stadt und Smart City Vorlage: VO/0181/2021**

---

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt:

**Der Magistrat berichtet darüber, welche Bemühungen insbesondere von der Wirtschaftsförderung und dem Stadtmarketing in Richtung „digitale Stadt“ und „Smart City“ bisher unternommen wurden.**

**Des Weiteren wird der Magistrat gebeten, zu berichten, welche Fördermöglichkeiten des Landes und des Bundes gegebenenfalls künftig noch in Anspruch genommen werden können.**

#### **Abstimmungsergebnis**

einstimmig

---

**zu 11.21 Antrag der Fraktionen SPD betr.: Müllmelderstelle für den Richtsberg**  
**Vorlage: VO/0182/2021**

---

Der Antrag wurde im Rahmen der Vorberatung im Ausschuss zunächst zurückgestellt.

---

**zu 11.22 Antrag der SPD-Fraktion betr.: Autonomes Fahren als zukunftssträchtige Option voranbringen**  
**Vorlage: VO/0183/2021**

---

Für den Ausschuss für Mobilität, Tourismus und digitale Transformation berichtet der Vorsitzende, Stadtverordneter Hussein. Der Ausschuss empfiehlt mehrheitlich dem Antrag zuzustimmen.

Dem schließt sich die Stadtverordnetenversammlung an und fasst folgenden Beschluss:

**Der Magistrat wird aufgefordert, in Zusammenarbeit mit den Stadtwerken Marburg, der Wirtschaftsförderung, der Philipps-Universität / THM und weiteren potenziellen Partner\*innen, sich über die neuerlich beschlossene Gesetzesreform zum „autonomen Fahren“ (Stufe 4) zu informieren und sich für zukunftsgerichtete Pilot-Projekte und Ausschreibungen zu diesem Thema zu bewerben.**

**Abstimmungsergebnis**

Ja-Stimmen: CDU/FDP, SPD, BfM, Piratenpartei

Nein-Stimmen: AfD

Enthaltungen: B90/Die Grünen, Marburger Linke, Klimaliste Marburg

---

**zu 11.23 Antrag der SPD-Fraktion betr.: Perspektive für Wagenplatz / Gleis X**  
**Vorlage: VO/0184/2021**

---

Für den Ausschuss für Stadtentwicklung, Bauen und Wohnen berichtet der Ausschussvorsitzende, Stadtverordneter Heck. Der Antrag wurde im Ausschuss geändert. Der geänderten Fassung empfiehlt der Ausschuss mehrheitlich die Annahme.

Stadtverordnetenvorsteherin Dr. Neuwohner stellt den Antrag in der geänderten Fassung zur Abstimmung und die Stadtverordnetenversammlung beschließt:

**Der Magistrat soll dafür Sorge tragen, dass vor einer Umnutzung des Areals Wagenplatz/Gleis X im Zuge der bislang vorgesehenen Entwicklung für die Bewohner\*innen des Wagenplatzes Gleis X eine Alternative gefunden wird.**

**Abstimmungsergebnis**

Ja-Stimmen: B90/Die Grünen, SPD, Marburger Linke, Klimaliste Marburg, BfM, Piratenpartei

Nein-Stimmen: CDU/FDP, AfD

Enthaltungen: keine

---

**zu 11.24 Antrag der SPD-Fraktion betr.: Mehr Kontraste für mehr Sicherheit - Straßenpoller kontrastreicher gestalten**  
**Vorlage: VO/0185/2021**

---

Von der Vorberatung des Antrages im Ausschuss für Mobilität, Tourismus und digitale Transformation berichtet der Ausschussvorsitzende, Stadtverordneter Hussein. Der Ausschuss empfiehlt einstimmig, dem Antrag zuzustimmen.

Nach Aufruf durch die Stadtverordnetenvorsteherin fasst die Stadtverordnetenversammlung folgenden Beschluss:

**Der Magistrat wird gebeten die im Stadtgebiet verwendeten Straßen- und Begrenzungspoller auf ihre kontrastreiche Gestaltung hin zu überprüfen und wenig mit Kontrast versehene Poller mit entsprechenden Markierungen, gerade für Menschen mit Sehbehinderung und für ältere Menschen, wahrnehmbarer zu machen und so für mehr Verkehrssicherheit zu sorgen.**

**Diese Überprüfung sollte in enger Abstimmung mit dem Behindertenbeirat und dessen Arbeitsgruppen zur barrierefreien Verkehrsraumgestaltung geschehen.**

**Abstimmungsergebnis**  
einstimmig

---

**zu 11.26 Antrag der Fraktion Klimaliste Marburg betr. Umwidmung der unteren Etage des Parkhauses Oberstadt**  
**Vorlage: VO/0188/2021**

---

Der Antrag wurde im Ausschuss durch die Antragstellerin zunächst zurückgestellt.

---

**zu 11.27 Antrag der Fraktion Klimaliste Marburg betr. Änderung der Stellplatzsatzung**  
**Vorlage: VO/0189/2021**

---

Zu dem Antrag hat die antragstellende Fraktion Aussprache angemeldet, die jedoch aufgrund der fortgeschrittenen Zeit nicht mehr durchgeführt wird. Der Antrag wird deshalb auf Wunsch der Antragstellerin verschoben.

---

**zu 11.28 Antrag der AfD betr.: Besetzung von Beiräten und Kommissionen**  
**Vorlage: VO/0204/2021**

---

Analog dem Vorgehen im Ausschuss stellt auch hier der Stadtverordnete Seipp den Geschäftsordnungsantrag, den Antrag für erledigt zu erklären. Dagegen wird nicht gesprochen.

Der Antrag gilt damit als erledigt.

---

**zu 11.29 Antrag der Fraktionen von B90/Die Grünen, SPD und Klimaliste Marburg betr.: Abwahl von Bürgermeister Wieland Stötzel**  
**Vorlage: VO/0205/2021**

---

Der Antrag wurde durch die antragstellenden Fraktionen im Rahmen der Feststellung der Tagesordnung zurückgezogen.

---

**zu 11.30 Antrag der Fraktionen Marburger Linke und Klimaliste Marburg betr.: Nachverfolgung des Bearbeitungsstandes von Beschlüssen der Stadtverordnetenversammlung (Beschluss-Tracking)  
Vorlage: VO/0206/2021**

---

Für den Haupt-, Finanz- und Wirtschaftsausschuss berichtet der Vorsitzende, Stadtverordneter Pfalz. Der Antrag wurde im Ausschuss geringfügig geändert. Der geänderten Fassung empfiehlt der Ausschuss einstimmig die Annahme.

Die Stadtverordnetenversammlung folgt der Ausschussempfehlung und fasst folgenden Beschluss:

**Der Magistrat wird ermutigt, für die Stadtverordneten die Umsetzung der Beschlüsse der Stadtverordnetenversammlung der Stadt Marburg nachvollziehbar und transparent zu machen. Es soll sichergestellt werden, dass sowohl die Verwaltung als auch die StVV besser über die Umsetzung der Beschlüsse informiert sind und eine effizientere Steuerung der Antragsabwicklung erfolgt.**

**Die in der StVV vertretenen Fraktionen erhalten über das System ALLRIS Zugang zum Stand der Beschlussrealisierung.**

**Zu erfassen sind mindestens: Der Beschluss, die zeitlichen Vorgaben durch die StVV, die zeitlichen Zielsetzungen für die Umsetzung durch die Verwaltung, die mit der Umsetzung beauftragten Stellen, der Stand der Umsetzung, die Gründe für auftretende Verzögerungen oder Nichtumsetzung und der Abschluss des Verfahrens.**

**In diesen Auftrag ist die Stadtverordnetenvorsteherin einzubeziehen; insbesondere ist zu prüfen, ob ein Datenblatt entwickelt wird, in dem der Stand der Beschlussumsetzung dokumentiert wird.**

**Abstimmungsergebnis**  
einstimmig

---

**zu 12 Kennnismnahmen**

---

**zu 12.1 Kennnismnahme zum StVV-Beschluss "Marburger Mietendeckel"  
Vorlage: VO/7838/2021-1**

---

Die Stadtverordnetenversammlung nimmt das Schreiben des Oberbürgermeisters und die Antwortschreiben der Vermieter\*innen zum StVV-Beschluss „Marburger Mietendeckel“ (VO/7838/2021) zur Kenntnis.

---

**zu 12.2 Kommunale Pflichtaufgabe gemäß § 8 Absatz 4 Hessisches Altlasten- und Bodenschutzgesetz (HAltBodSchG) - Anforderungen zur unverzüglichen Erfassung von Altablagerungen und Altstandorten  
Vorlage: VO/0128/2021**

---

Die Stadtverordnetenversammlung nimmt das vorliegende Schreiben des Regierungspräsidiums Gießen zu den kommunalen Pflichtaufgaben gemäß § 8 Absatz 4 Hessisches Altlasten- und Bodenschutzgesetz (HAltBodSchG), hier Anforderungen zur unverzüglichen Erfassung von Altablagerungen und Altstandorten, gem. § 50 Abs. 3 HGO zur Kenntnis.

---

**zu 12.3 Erstattung von Auslagen für Taxifahrten zum Impfzentrum am Messeplatz und zurück**  
**Vorlage: VO/0179/2021**

---

Die Stadtverordnetenversammlung nimmt den folgenden Beschluss des Magistrats zur Kenntnis:

Marburger\*innen mit Wohnsitz in der Universitätsstadt werden auf Antrag Auslagen für Fahrten mit einem Taxi (oder vergleichbaren Beförderungsunternehmen) zum Impfzentrum und zurück erstattet, wenn ihnen ein Impftermin sonn- oder feiertags bis 11:30 Uhr vergeben worden ist.

---

**zu 12.4 Klagen gegen den Beschluss der Stadtverordnetenversammlung über die Gültigkeit der Wahl zur Oberbürgermeisterin\* zum Oberbürgermeister der Universitätsstadt Marburg am 14. März 2021 und 28. März 2021**  
**Vorlage: VO/0221/2021**

---

Die Stadtverordnetenversammlung nimmt die gegen die Gültigkeit der Wahl zur Oberbürgermeisterin\* zum Oberbürgermeister eingereichten Klagen zur Kenntnis.

Damit ist die Tagesordnung der heutigen Sitzung abgearbeitet. Stadtverordnetenvorsteherin Dr. Neuwohner dankt allen Anwesenden und wünscht eine erholsame Urlaubszeit.

Marburg, 21.07.2021

Dr. Elke Neuwohner  
Stadtverordnetenvorsteherin

Lothar Sprenger  
Protokoll

**Anlagen**

Antworten auf die kleinen Anfragen 16 bis 34

## Kleine Anfrage Nr. 16

zur Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 16. Juli 2021

<b>Fragesteller*in:</b>	Inge Sturm
<b>Fraktion / Partei:</b>	Marburger Linke

Stark sehbehinderte Mitarbeiter\*innen/Menschen der Sozialen Hilfe Marburg (SHM) beklagen sich über die fehlenden Querungshilfen zwischen Molkereistraße, Frauenbergstraße und Südbahnhof. Kann die Stadt Marburg diesem Missstand beheben?

<b>Stellungnahme/Antwort durch:</b>	FD 66 - Tiefbau
<b>Dezernent/Dezernentin:</b>	Bürgermeister Wieland Stötzel

### Stellungnahme/Antwort:

Damit die Einrichtung einer neuen Querungshilfe rechtlich zulässig ist, müssen vor Ort bestimmte Randbedingungen erfüllt werden. Gemäß den Richtlinien für die Anlage und Ausstattung von Fußgängerüberwegen (R-FGÜ) handelt es sich bei den Einsatzkriterien um entsprechende Mengen an Fußgänger und/oder Kfz-Verkehren.

Ungeachtet dieser Einsatzkriterien ist der Einbau einer Querungshilfe in dem Abschnitt zwischen der Molkereistraße und dem Südbahnhof in der Frauenbergstraße nicht zu empfehlen, da die Sicht durch eine nahezu rechtwinkliche Kurve stark eingeschränkt wird.

Eine Querungshilfe in ausreichendem Abstand zu dieser Kurve zu errichten ist ebenfalls nicht sinnvoll, da diese sich dann bereits in der Nähe des Fußgängerüberwegs auf Höhe des Rollwiesenwegs bzw. im Bereich der Heinrich-Schütz-Straße befinden würde. An der Heinrich-Schütz-Straße wurde kürzlich eine barrierefreie Querungsstelle mit vorgezogenem Seitenraum eingerichtet, die eine Querung der Frauenbergstraße auch für sehbehinderte Personen erleichtert (siehe Foto).



Noch in diesem Jahr ist die Markierung eines Angebotsstreifens zwischen Molkereistraße und Rollwiesenweg vorgesehen. Hierdurch ergibt sich eine weitere Verkehrsberuhigung.

Die Beantwortung der Anfrage erfolgte gemeinsam durch die Fachdienste Straßenverkehrsbehörde und Tiefbau.

Dr. Thomas Spies  
Oberbürgermeister

Wieland Stötzel  
Bürgermeister

## Kleine Anfrage Nr. 17

zur Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 16. Juli 2021

<b>Fragesteller*in:</b>	Inge Sturm
<b>Fraktion / Partei:</b>	Marburger Linke

An der Cappeler Straße auf der Höhe Einfahrt Vitos-Klinik/Franz-Tuczek-Weg wäre eine Querungshilfe dringend notwendig. Dort käme es immer wieder zu brenzlichen Situationen, weil zum einen Patienten der Vitos-Klinik, aber auch viele Menschen im Betreuten Wohnen auf dem Vitos-Gelände den Umweg über das Stadtbüro scheuten, wenn sie Richtung Südbahnhof oder zum Zentrum für Arbeit und Kommunikation (ZAK) unterwegs seien.  
Kann die Stadt Marburg diesem Missstand beheben?

<b>Stellungnahme/Antwort durch:</b>	FD 66 - Tiefbau
<b>Dezernent/Dezernentin:</b>	Bürgermeister Wieland Stötzel

### **Stellungnahme/Antwort:**

Querungshilfen in Form von Mittelinseln sollen mindestens 2,0 m breit sein, für überquerende Personen mit beispielsweise Rollator, Kinderwagen oder Fahrradanhänger sind 2,50 bis 3,0 m breite Inseln zu empfehlen.

In der Cappeler Straße sind aktuell Angebotsstreifen für den Radverkehr markiert, die hinsichtlich der Breiten dem aktuellen Stand der Technik entsprechen.

Bei einer vorhandenen Fahrbahnbreite von ca. 8,50 m im Bereich der Vitos-Klinik und einer erforderlichen Fahrbahnbreite von 7,50 m für Fahr- und Angebotsstreifen steht für eine Mittelinsel lediglich eine Restbreite von 1,00 m zur Verfügung. Dies reicht nicht aus, um den Fußgängerverkehr sicher queren zu lassen.

Mit der Entwicklung der Baugebiete auf dem Vitos-Gelände in der Temmlerstraße sowie den Angeboten im Stadtbüro und zukünftig auch der neuen Geschäftsstelle der Sparkasse Marburg-Biedenkopf sollte untersucht werden, ob hier eine Querungshilfe notwendig werden könnte. Ein Fußgängerüberweg ist hier gemäß den Richtlinien für die Anlage und Ausstattung von Fußgängerüberwegen (R-FGÜ) nicht angezeigt, da es im gesamten Streckenverlauf nur signalgeregelte Fußgängerquerungen gibt.

Die Beantwortung der Anfrage erfolgte gemeinsam durch die Fachdienste Straßenverkehrsbehörde und Tiefbau.

Dr. Thomas Spies  
Oberbürgermeister

Wieland Stötzel  
Bürgermeister



## Kleine Anfrage Nr. 18

zur Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 16. Juli 2021

<b>Fragesteller*in:</b>	Maximilian Walz
<b>Fraktion / Partei:</b>	Bündnis90/Die Grünen

Mit wie vielen Defibrillatoren hat der Magistrat, aufgeschlüsselt je nach Schule, die städtischen Schulen ausgestattet?

<b>Stellungnahme/Antwort durch:</b>	FD 40 - Schule
<b>Dezernent/Dezernentin:</b>	Stadträtin Kirsten Dinnebier

### Stellungnahme/Antwort:

Der Magistrat hat in Zusammenarbeit mit der Herzallianz in den vergangenen Jahren 55 Liegenschaften mit Defibrillatoren ausgestattet. Darunter auch die Adolf-Reichwein-Schule und die Sophie-von-Brabant-Schule (Standort Willy-Mock-Straße). Einen Überblick über die Verteilung liefert das Defibrillatoren-Kataster [www.definetz.online](http://www.definetz.online).

Die Björn Steiger Stiftung stattet im Rahmen ihrer Tätigkeit ebenfalls verschiedene Liegenschaften mit Defibrillatoren aus. Dies geschieht über private Sponsoren und nicht über die Ausstattung durch den Magistrat. Darüber wurden die Martin-Luther-Schule und die Kaufmännischen Schulen Marburg mit einem Defibrillator ausgestattet.

Kirsten Dinnebier  
Stadträtin

## Kleine Anfrage Nr. 19

zur Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 16. Juli 2021

<b>Fragesteller*in:</b>	Maximilian Walz
<b>Fraktion / Partei:</b>	Bündnis90/Die Grünen

Wie bewertet der Magistrat die Tatsache, dass keine E-Ladesäulen und damit wichtige Infrastruktur für die Mobilität der Zukunft am ‚Park & Ride – Parkplatz‘ Georg-Gaßmann-Stadion und dem Parkplatz am Afföller installiert sind?

<b>Stellungnahme/Antwort durch:</b>	FD 69 - Umwelt-, Klima- und Naturschutz, Fairer Handel
<b>Dezernent/Dezernentin:</b>	Bürgermeister Wieland Stötzel

### Stellungnahme/Antwort:

Zur der Errichtung von Ladepunkten gab es bereits eine Kleine Anfrage 18 zu der Sitzung der Stadtverordnetenversammlung vom 25. Juni 2021. Diese Antwort wird im Folgenden um die aktuelle Fragestellung ergänzt.

### **Hintergrund zur Entwicklung der Elektromobilität**

Elektromobilität und die Errichtung von Ladepunkten war bis zu den umfangreichen Kaufanreizen des Bundes für die Anschaffung von Elektrofahrzeugen (batterieelektrische Autos (BEV), Plug-in-Hybride (PHEV) und Range Extender (REEV)) ein Nischenprodukt. Serienmäßig waren bis 2019 nur wenige Fahrzeugtypen verfügbar, die Nachfrage nach diesen Fahrzeugen war sehr gering. Die Aufladung fand und findet i.d.R. an Ladepunkten bei den Haushalten über Nacht statt. Durch die zunehmenden Akkukapazitäten – die inzwischen schon > 200 km betragen, ist eine Zwischenladung für Nutzer mit eigener Ladeinfrastruktur auch nicht zwingend notwendig.

### **Bisherige Errichtung von Elektroladepunkte**

Die Stadt Marburg hat in Kooperation mit den Stadtwerken in den vergangenen Jahren an inzwischen 5 Standorten Elektroladepunkte eingerichtet. Diese befinden sich an folgenden Standorten:

- Friedrichsplatz
- Hauptbahnhof
- Savignystraße
- Aquamar
- Softwarecenter

Weitere 2 Ladepunkte wurden in 2021 auf Nachfrage/Bedarfsmeldung in Abstimmung der FD 61, 69 und 33 an zwei Standorten errichtet und werden gerade in Betrieb genommen:

- Ockershäuser Allee
- Biegenstraße (bei der VHS)

### **Die aktuelle und künftige Rolle der Stadt Marburg bei dem Ausbau der Ladeinfrastruktur**

Die Stadt Marburg hat die bisherigen Elektroladepunkte initiativ errichtet, um für den anfangs schleppenden Ausbau der Elektromobilität für Investoren die Sicherheit zu schaffen, ihre Fahrzeuge auch unabhängig vom heimischen Ladepunkt laden zu können. Die Stadt Marburg versteht sich aber nicht als „Tankstellenbetreiber – bzw. Ladepunktbetreiber“ und kann daher nicht den jetzt schnell wachsenden Bedarfen gerecht werden und weitere Ladepunkte im Stadtgebiet errichten. Zudem ist der Bau und der Betrieb der Ladeinfrastruktur sehr kostenintensiv (ca. 280 €/Monat/Standort bei 8 Jahren Haltefrist).

Der künftige Ausbau der öffentlichen Ladeinfrastruktur sollte daher unabhängig von den Kommunen erfolgen. Hierfür legt der Bund zudem Förderprogramme für Dritte auf.

### **Aktuelle Information zu dem Ausbau der Ladeinfrastruktur durch gewerbliche Anbieter**

Seitens des Einzelhandels und des Gewerbes wurden im Stadtgebiet bereits mehrere Ladepunkte errichtet (OP, tegut..., diverse Autohäuser (unter anderem neben dem Messeplatz), ...).

Aktuell wird die Errichtung vieler weiterer Ladepunkte seitens Dritter gerade angekündigt. Daher kann der anfangs sinnvolle kommunal initiierte Ausbau der Ladepunkte aus Kostengründen künftig entfallen.

### **Schnellladung:**

Der Ausbau dieser Ladepunkte ist sehr kostenintensiv. Aktuell liegt ein Bauantrag für die gewerbliche Errichtung einer Schnellladestation an einer Tankstelle an der B3 (in Richtung Süden) vor. Seitens der Stadtwerke Marburg GmbH wird noch die Errichtung eines Schnellladepunktes an der B3 in Fahrrichtung Nord auf dem Messeplatz geprüft. Auch die Schnellladepunkte sollten mit Bundemitteln gefördert und von Dritten gebaut und betrieben werden.

### **Konkret zu den Ladepunkten an den P&R Parkplätzen**

Wie oben beschrieben sind am Messeplatz bei einem unmittelbar benachbart gelegenen Autohaus aktuell 4 Ladepunkte vorhanden. Am Messeplatz selbst wird die Errichtung der Schnellladung geprüft.

Für den Afföller Parkplatz liegen uns aktuell keine Kenntnisse über neu zu errichtende Ladepunkte vor.

An dem Gassmann-Stadion wird die Errichtung von Ladepunkten durch Dritte befürwortet, eine konkrete Planung steht noch aus.

### **Fazit:**

Sollte der Magistrat weitere Ladepunkte in Kooperation mit den Stadtwerken errichten und betreiben sollen, sind hierfür die benötigten Haushaltsmittel (Kalkulationsbasis: 280 €/Monat zzgl. MwSt. bei 8 Jahren Haltefrist = ~ 4000 €/Ladepunkt/Jahr, bedeutet über 8 Jahre ~ 32.000 €) zur Verfügung zu stellen. Für P&R Parkplätze sind hierbei jeweils mehr als 2 Ladepunkte zu errichten.

Wieland Stötzel  
Bürgermeister

## Kleine Anfrage Nr. 20

zur Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 16. Juli 2021

<b>Fragesteller*in:</b>	Jan Schalauske
<b>Fraktion / Partei:</b>	Marburger Linke

Wie bewertet der Magistrat der Universitätsstadt Marburg die geplante Schließung der Kleinstfiliale der Sparkasse am Universitätsklinikum, insbesondere mit Blick auf den Versorgungsauftrag des öffentlich-rechtlichen Kreditinstituts?

<b>Stellungnahme/Antwort durch:</b>	011 - Persönlicher Referent des Oberbürgermeisters
<b>Dezernent/Dezernentin:</b>	Oberbürgermeister Dr. Thomas Spies

### **Stellungnahme/Antwort:**

Die Sparkasse Marburg-Biedenkopf erfüllt ihren satzungsgemäßen Auftrag auch nach der Schließung der Filiale im Universitätsklinikum. Sie hat weiterhin das dichteste Filialnetz aller im Geschäftsgebiet ansässigen Kreditinstitute. Die Sparkasse erfüllt ihren Auftrag aber auch mit ihren digitalen Angeboten. Sie wurden stark ausgeweitet, weil eine ständig wachsende Zahl von Kund\*innen das erwartet. Als Beispiele nennen wir hier unser Kundenservice-Center, das digitale Beratungs-Center oder unsere mehrfach ausgezeichnete Banking-App.

Die Bargeldversorgung bleibt an diesem Standort gewährleistet, da der Geldautomat verbleibt.

Das Geschäftsumfeld der Sparkasse ist - wie bei anderen Unternehmen auch - einem ständigen Wandel unterworfen. Die fortschreitende Digitalisierung aller gesellschaftlichen Bereiche, die zunehmende Regulierung des Bankgeschäftes, die aktuelle Zinslandschaft und die demographische Entwicklung haben dabei einen sehr starken Einfluss auf die Sparkasse.

Unsere Kund\*innen nutzen verstärkt mediale Kanäle, um mit uns zu kommunizieren und Routinegeschäfte zu tätigen. Immer seltener suchen sie unsere Filialen zur Inanspruchnahme von Serviceleistungen auf.

Gleichzeitig steigen die Ansprüche an unsere Beratungsleistungen, nicht zuletzt durch aufsichtsrechtliche Vorschriften.

Die Sparkasse muss daher regelmäßig ihr Geschäftsstellennetz mit dem Ziel überprüfen, auch künftig der Bevölkerung, den Unternehmen und den Kommunen im Geschäftsgebiet zur Verfügung stehen zu können.

Dr. Thomas Spies  
Oberbürgermeister

## Kleine Anfrage Nr. 21

zur Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 16. Juli 2021

<b>Fragesteller*in:</b>	Jan Schalauske
<b>Fraktion / Partei:</b>	Marburger Linke

Wie ist der aktuelle Sachstand des Projekts bzw. der Machbarkeitsstudie "Umgestaltung des Südbahnhof-Vorplatzes", insbesondere mit Blick auf notwendig zu verbessernde Bedingungen für den Fuß- und Radverkehr und eine höhere Aufenthaltsqualität?

<b>Stellungnahme/Antwort durch:</b>	FD 61 - Stadtplanung und Denkmalschutz
<b>Dezernent/Dezernentin:</b>	Oberbürgermeister Dr. Thomas Spies

### **Stellungnahme/Antwort:**

Der Diskussionsprozess zur Entscheidungsfindung, welches das richtige zukunftsfähige Transportmittel als Ersatz für Busse mit Verbrennungsmotor auf dem Ring Hauptbahnhof – Südbahnhof – Klinikum – Waldtal – Hauptbahnhof für Marburg ist, hat dazu geführt, dass die Machbarkeitsstudie nicht weiterbearbeitet werden konnte. Diese Entscheidung ist für die Überlegungen zum Karl-Theodor-Bleek-Platzes (Vorplatz Südbahnhof) gerade in Bezug auf die Optimierung für Fuß- und Radverkehr sowie einer höheren Aufenthaltsqualität die Voraussetzung. Vor diesem Hintergrund sind auch die für die Weiterbearbeitung notwendigen Haushaltsmittel nicht bereitgestellt worden.

Die Entscheidung für das BOB-System und das voraussichtlich in der 2. Jahreshälfte 2022 vorliegende städtische Mobilitätskonzept MoVe 35, das zum jetzigen Zeitpunkt der Verknüpfung des Südbahnhofes mit dem Vorplatz eine hohe Priorität einräumt, machen die Weiterbearbeitung nun möglich und erforderlich. Dafür sind die entsprechenden Mittel in Höhe von 25.000,- € im Haushalt für 2022 vorgesehen. Dabei ist die Optimierung für Fuß- und Radverkehr sowie die Schaffung einer höheren Aufenthaltsqualität neben der Verknüpfung der unterschiedlichen nachhaltigen Mobilitätsformen weiterhin das Ziel für den Karl-Theodor-Bleek-Platz.

Dr. Thomas Spies  
Oberbürgermeister

## Kleine Anfrage Nr. 22

zur Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 16. Juli 2021

<b>Fragesteller*in:</b>	Maik Schöniger
<b>Fraktion / Partei:</b>	Klimaliste Marburg

Welche Planungen zur Errichtung neuer Parkplätze und/oder neuer Parkhäuser gibt es aktuell?

<b>Stellungnahme/Antwort durch:</b>	FB 6 - Planen, Bauen, Umwelt
<b>Dezernent/Dezernentin:</b>	Bürgermeister Wieland Stötzel

### **Stellungnahme/Antwort:**

#### Stellungnahme der Verwaltung:

Die Stadt Marburg erarbeitet derzeit das gesamtstädtische Mobilitäts- und Verkehrskonzept MoVe 35. In der bereits fertiggestellten Bestandsanalyse wird auf die bestehende Parkraumsituation eingegangen. Hierzu wurde eine ganztägige Parkraumerhebung am 27. Oktober 2020 im Südviertel, im Biegenviertel sowie in der Bahnhofstraße und im weiteren Bahnhofsumfeld durchgeführt. Die Belegung der neun städtischen Parkbauten wurde von August bis November 2020 mittels automatisierter Auswertung der Belegungsdaten des Parkleitsystems erfasst. Das Ergebnis der Erhebung zeigt, dass es in einigen Straßenzügen Parkraumprobleme gibt, in den Parkbauten hingegen an jedem Tag noch freie Kapazitäten vorhanden sind. Das für die Erarbeitung von MoVe 35 beauftragte Planungsbüro zieht hieraus die Schlussfolgerung, dass durch ein optimiertes Parkraummanagement auf eine bessere Verteilung des Parkens im öffentlichen Straßenraum in die Parkbauten hingewirkt werden kann. Dies könnte eine mögliche Maßnahme im MoVe 35-Konzept sein. Die Maßnahmen werden ab dem 4. Quartal 2021, auch mit öffentlicher Bürger\*innen-Beteiligung entwickelt und diskutiert.

Die Verwaltung plant derzeit keine konkreten Maßnahmen zur Errichtung neuer Parkbauten für PKW. Es wurden jedoch Überlegungen formuliert, auf einem Teilbereich der Parkfläche Großsportfeld eine zusätzliche Parkebene zu errichten.

Außerdem gibt es Überlegungen, die Gewerbefläche nördlich des Jägertunnels auf der Ostseite des Bahngeländes als Park & Ride Platz für Bahnnutzer zur Verfügung zu stellen.

Darüber hinaus bedingen private Vorhaben laut Stellplatzsatzung oder rechtskräftigem Bebauungsplan die Errichtung von Stellplätzen. Baurecht besteht z. B. für ein Parkhaus in der Ernst-Giller-Straße auf privaten Grundstücken. Überlegungen zur Bündelung des ruhenden Verkehrs beispielsweise in einer Quartiersgarage werden bei der Schaffung von neuem Wohnraum in der Regel mit einbezogen.

Bezüglich neuer Radabstellanlagen sind derzeit folgende Maßnahmen in Planung:

1. Erweiterung Anlehnbügel Bahnhofsvorplatz:  
Entfall von 2 Pkw-Kurzzeitparkplätzen, Errichtung von 13 zus. Bügeln = 26 neue Stellplätze  
Anordnung FD 33 liegt bereits vor
2. Radabstellanlage unterhalb des Ortenbergstegs mit Errichtung eines neuen Treppenturms:  
Anmeldung zur Förderung ist erfolgt  
Planung für 2021 vorgesehen, Umsetzung in 2022 = ca. 100 überdachte Stellplätze
3. Erneuerung Radabstellanlage Pilgrimstein anstelle des angedachten Parkhauses, das aus baurechtlichen Gründen nicht errichtet werden kann

- Umsetzung 2022 nach Abschluss Baumaßnahme Universität auf der Gegenseite  
⇒ ca. 50 überdachte unentgeltliche Stellplätze, ca. 20 Doppelstockboxen zur Vermietung,  
ca. 16 Doppelstockboxen für Kurzzeitmiete
4. Neuanlage von ca. 30 Stellplätzen am Südbahnhof auf dem P+R-Parkplatz  
⇒ Gestattung der Bahn steht noch aus

Stellungnahme der Stadtwerke Marburg GmbH:

Um die Bedürfnisse des Medizinischen Versorgungszentrums Am Krekel und der im Bau befindlichen Erweiterung abdecken zu können, wird das gemeinsame Parkhaus am Standort um eine Etage aufgestockt. Weitere Planungen gibt es aktuell von Seiten der Stadtwerke nicht.

Stellungnahme der GeWoBau und SEG:

Die GeWoBau hat in der Kernstadt etwa 100 Wohnungen im Bau, einschließlich von Dachaufstockungen in der Sudetenstraße. Dafür müssen nach der Stellplatzsatzung etwa 110 Stellplätze für KfZ geschaffen werden, die jedoch in Abhängigkeit von den Örtlichkeiten durch die Bereitstellung von Elektro-Ladestationen und zusätzlichen Fahrradabstellplätzen um etwa 10% reduziert werden können. An den Neubau von zusätzlichen Stellplätzen für Bestandsbauten ist nicht gedacht.

SEG-Bereich:

2 öffentliche Stellplätze im Neubaugebiet Ginseldorf, „Rinnacker“

Wieland Stötzel  
Bürgermeister

## Kleine Anfrage Nr. 23

zur Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 16. Juli 2021

<b>Fragesteller*in:</b>	Maik Schöniger
<b>Fraktion / Partei:</b>	Klimaliste Marburg

Wie hoch waren die tatsächlich ausgegebenen finanziellen Mittel für den Erhalt der Frankfurter Straße in den letzten 5-Jahren?

<b>Stellungnahme/Antwort durch:</b>	FD 66 - Tiefbau
<b>Dezernent/Dezernentin:</b>	Bürgermeister Wieland Stötzel

### **Stellungnahme/Antwort:**

Für Straßenerhaltungsmaßnahmen in der Frankfurter Straße wurden von 2016 bis dato 95.380€ aufgewendet.

Hinzu kommen Kleinbeträge aus Sammelrechnungen für die Beseitigung von Schlaglöchern nach den Frostperioden.

Wieland Stötzel  
Bürgermeister



## Kleine Anfrage Nr. 24

zur Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 16. Juli 2021

<b>Fragesteller*in:</b>	Isabella Aberle
<b>Fraktion / Partei:</b>	Klimaliste Marburg

Wie viele Baumfällgenehmigungen wurden von der Stadt Marburg in den letzten 5 Jahren (inkl. 2021) innerhalb der Brutzeitperiode zwischen dem 1. April und dem 30. September und außerhalb dieser Periode erteilt? (Bitte aufgeschlüsselt nach Jahren und nach Zeiträumen 01.04. bis 30.09. und 01.10. bis 30.03.)

<b>Stellungnahme/Antwort durch:</b>	FD 67 - Stadtgrün und Friedhöfe
<b>Dezernent/Dezernentin:</b>	Bürgermeister Wieland Stötzel

### **Stellungnahme/Antwort:**

Baumfällgenehmigungen haben eine Gültigkeit von 2 Jahren. Die Ausführung muss nicht angezeigt werden. Der Zeitpunkt der Genehmigung entspricht demnach nicht dem Fälldatum. Eine statistische Erhebung zu der zeitlichen Einordnung von Baumfällungen ist daher nicht möglich.

Der Antragsteller wird im Genehmigungsschreiben aufgefordert, die Fällung möglichst außerhalb des Zeitraumes 01. März - 30. September vorzunehmen. Ansonsten sind Auflagen der Unteren Naturschutzbehörde zu beachten.

Wieland Stötzel  
Bürgermeister

## Kleine Anfrage Nr. 25

zur Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 16. Juli 2021

<b>Fragesteller*in:</b>	Isabella Aberle
<b>Fraktion / Partei:</b>	Klimaliste Marburg

Bei wie vielen der in den letzten 5 Jahren beantragten Baumfällgenehmigungen fand eine Vor-Ort-Begutachtung statt und bei wie vielen der begutachteten Bäume wurde aufgrund von Habitatstrukturen wie Baumhöhlen oder Greifvogelhorsten bzw. aktuell brütenden Vögeln oder der Anwesenheit anderer geschützter Arten (Fledermäuse, Bilche usw.) auf eine Fällung verzichtet? (Bitte nach Jahren und Periode innerhalb und außerhalb der Brutzeit aufschlüsseln.)

<b>Stellungnahme/Antwort durch:</b> FD 69 - Umwelt, Klima- u. Naturschutz, Fairer Handel	FD 67 - Stadtgrün und Friedhöfe
<b>Dezernent/Dezernentin:</b>	Bürgermeister Wieland Stötzel

### **Stellungnahme/Antwort FD 67:**

Vor-Ort-Besichtigungen von zur Fällung beantragten Bäumen finden in der Regel immer statt. Ausnahmen: Eine zweifelsfreie Beurteilung der angegebenen Begründung kann auch aufgrund der eingereichten Unterlagen vorgenommen werden.

Die Erteilung einer Fällgenehmigung ist möglich, wenn im Einzelfall besondere Umstände gem. § 5 Abs. 3 der Baumschutzsatzung gegeben sind. Der Schutz von Habitatstrukturen ist davon unabhängig.

Die Antragstellenden werden darauf hingewiesen, dass sie verpflichtet sind, die artenschutzrechtlichen Bestimmungen zu beachten. Der Unteren Naturschutzbehörde ist der Verdacht oder das Bekanntwerden von Habitaten geschützter Arten an einem zur Fällung genehmigten Baum mitzuteilen. In jedem Einzelfall wird über den weiteren Fortgang entschieden. Je nach Baumstandort und Gefährdungslage zur Verkehrssicherheit ist es z.B. möglich, einen Baum nicht vollständig zu fällen und ein Stammrelikt zu belassen.

### **Stellungnahme/Antwort FD 69 – Umwelt, Klima- und Naturschutz, Fairer Handel:**

Aus artenschutzrechtlichen Gründen müssen Bäume, sofern sie noch standsicher sind und keine akute Gefährdung für Leib und Leben besteht, außerhalb der gesetzlich festgesetzten Brut- und Setzzeit (1.3. bis 30.9.), also zwischen Oktober und Februar gefällt werden. Sichtbare Höhlungen müssen auch im Winterhalbjahr vor einer Fällung auf möglichen Besatz (Fledermäuse, Bilche usw.) z.B. mittels einer Endoskopkamera überprüft werden. Wird ein Besatz festgestellt, muss die Fällung zurückgestellt werden und das weitere Vorgehen mit der Unteren Naturschutzbehörde abgesprochen werden.

Sollte es nicht möglich sein, eine Baumfällung auf das Winterhalbjahr zu verschieben, z.B. zur Verwirklichung eines Bauvorhabens, muss also der zu fällende Baum zwischen dem 1. März und dem 30. September gefällt werden, so ist dieser vorab artenschutzrechtlich zu untersuchen (besetzte Nester, Höhlungen, Stammanrisse, abstehende Borke). Werden bspw. besetzte Nester vorgefunden, muss die Fällung zurückgestellt werden und das flügge-Werden der Vögel abgewartet werden. Außerdem fordern wir das Anbringen einer Ersatzbrutstätte (Nistkasten) in unmittelbarer Umgebung des zu fällenden Baumes.

Diese artenschutzrechtlichen Untersuchungen dürfen nur von fachkundigen Personen durchgeführt werden. In der Regel sind dies Baumsachverständige mit einer zusätzlichen, artenschutzrechtlichen Qualifikation oder Artenschutzsachverständige mit entsprechenden Qualifikationsnachweisen.

Sollte ein Baum nicht mehr standsicher sein, so dass er umzustürzen droht und akut Leib und Leben gefährdet ist, wird der Artenschutz zweitrangig behandelt. Das bedeutet, dass dann auch ohne eine vorherige artenschutzrechtliche Überprüfung gefällt werden darf. Diese Fälle sind aber selten.

In den letzten Jahren wurden im Stadtgebiet einige Baumfällungen aus Artenschutzgründen (bspw. besetzte Nester) auf das Winterhalbjahr verschoben. Teilweise wurde der Torso von Bäumen stehen gelassen, um die darin enthaltenen Höhlen zu erhalten. Genaue Zahlen dazu können wir nicht nennen.

Wieland Stötzel  
Bürgermeister

## Kleine Anfrage Nr. 26

zur Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 16. Juli 2021

<b>Fragesteller*in:</b>	Salomon Lips
<b>Fraktion / Partei:</b>	Klimaliste Marburg

In welchem Umfang werden von der Stadt Marburg aktuell Förderprogramme der KfW, vor allem das Programm 432 mit Bezug auf integrierte Quartierskonzepte und Sanierungsmanagement, für die energetische Stadtsanierung verwendet?

<b>Stellungnahme/Antwort durch:</b>	FD 69 - Umwelt-, Klima- und Naturschutz, Fairer Handel
<b>Dezernent/Dezernentin:</b>	Bürgermeister Wieland Stötzel

### **Stellungnahme/Antwort:**

Es wurden in Marburg bisher zwei Quartierskonzepte mit Sanierungsmanagement über das KfW Programm 432 gefördert. Für den Richtsberg wurde 2013 ein Quartierskonzept erstellt und es folgte im Jahr 2015 ein Konzept für das Quartier Nordstadt.

Bei der Erstellung und Umsetzung der beiden Quartierskonzepte war der Bereich Klimaschutz (bis Herbst 2019 im Fachdienst 67 seitdem im Fachdienst 69) federführend.

Die Stelle eines Sanierungsmanagers für die beiden Quartiere war mit einem Personalwechsel, einer längeren Unterbrechung und einer Verlängerung des Förderzeitraums von März 2015 bis Januar 2021 besetzt.

Bei der Quartiersentwicklung wird immer geprüft, ob das KfW Programm 432 angewendet werden kann.

Wieland Stötzel  
Bürgermeister

## Kleine Anfrage Nr. 27

zur Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 16. Juli 2021

<b>Fragesteller*in:</b>	Madelaine Stahl
<b>Fraktion / Partei:</b>	Bündnis90/Die Grünen

Leider sterben jedes Jahr zahlreiche Haustiere, insbesondere Katzen, im Straßenverkehr. Von ihren Besitzern werden sie oft schmerzlich vermisst, in vielen Fällen bleibt der Verbleib des Haustiers dauerhaft ungewiss. Verfügt der DBM für derlei Verkehrsoffer über Chipreader und ist das zuständige Personal entsprechend geschult, sodass die Besitzer zeitnah über den Tod ihres Haustieres informiert werden können?

<b>Stellungnahme/Antwort durch:</b>	Dienstleistungsbetrieb Marburg (DBM)
<b>Dezernent/Dezernentin:</b>	Bürgermeister Wieland Stötzel

### Stellungnahme/Antwort:

Bürgerinnen und Bürger haben die Möglichkeit, telefonisch, per E-Mail oder über den Mängelmelder tote Tiere zu melden. Ansprechpartnerin ist die Abteilung Straßenreinigung des DBM, Telefon (06421) 201-1698, [dbm@marburg-stadt.de](mailto:dbm@marburg-stadt.de).

Auch wer ein Haustier vermisst, kann sich dorthin wenden. In der Regel liegen Informationen darüber vor, ob sich ein Tier mit den beschriebenen Eigenschaften beim DBM befindet. Sollte dies nicht der Fall sein, notieren die Mitarbeiter Name und Telefonnummer und informieren die Betroffenen, wenn ein Tier gefunden wird, auf das die Beschreibung passt.

Wenn möglich werden Halsbänder und Anhänger sichergestellt sowie vorhandene Chip-Implantate mit einem Chip-Reader ausgelesen, um eine Identifikation zu ermöglichen. Tätowierungen werden dokumentiert.

Das Auslesen von Chip-Implantaten führt bei Unfällen im Straßenverkehr oft zu keinem befriedigenden Ergebnis. Vermutlich werden die Chips durch den vorangegangenen Unfall beschädigt.

Es gibt jedoch auch Fälle, in denen der Versuch einer Identifizierung des Tieres unterbleibt, da der Zustand des Tieres dies nicht mehr zulässt.

Wieland Stötzel  
Bürgermeister

## Kleine Anfrage Nr. 28

zur Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 16. Juli 2021

<b>Fragesteller*in:</b>	Jens Seipp
<b>Fraktion / Partei:</b>	CDU/FDP

Kann der Magistrat darüber Auskunft erteilen, ob im Stadtteil Weidenhausen ein besonders Problem mit Ratten vorherrscht und welche Maßnahmen derzeit zur Bekämpfung von Ratten ergriffen werden?

<b>Stellungnahme/Antwort durch:</b>	FD 32 - Gefahrenabwehr und Gewerbe
<b>Dezernent/Dezernentin:</b>	Bürgermeister Wieland Stötzel

### **Stellungnahme/Antwort:**

Dem FD Gefahrenabwehr und Gewerbe liegen keine Erkenntnisse vor, dass im Stadtteil Weidenhausen ein besonderes Rattenproblem vorherrscht.

Die Bekämpfung auf Privatgrund liegt in der Verantwortung der Eigentümer. Die Bekämpfung sollte durch ein sachkundiges Schädlingsbekämpfungsunternehmen durchgeführt werden.

Die Bekämpfung in den stadt eigenen Kanälen erfolgt durch Fachpersonal des Dienstleistungsbetriebes.

Wieland Stötzel  
Bürgermeister

## Kleine Anfrage Nr. 29

zur Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 16. Juli 2021

<b>Fragesteller*in:</b>	Tanja Bauder-Wöhr
<b>Fraktion / Partei:</b>	Marburger Linke

Kann der Magistrat der Stadt Marburg bitte Auskunft erteilen, ob es zutreffend ist, dass beabsichtigt ist, einen überdimensionalen Sichtschutz gegen nichtzahlende, sich außerhalb der Parkbühne befindlichen Zuschauer bei Film-, Theaterveranstaltungen auf der Schlossparkbühne zu errichten?

<b>Stellungnahme/Antwort durch:</b>	FD 45 - Erwin-Piscator-Haus
<b>Dezernent/Dezernentin:</b>	Oberbürgermeister Dr. Thomas Spies

### **Stellungnahme/Antwort:**

Der Fachdienst 45, Erwin-Piscator-Haus, zu dem die Schlossparkbühne gehört, hat zur Beseitigung der bislang nicht nur sehr unschönen (grüne flatternde Bauplanen) sondern auch keineswegs adäquaten Abdeckung bezüglich Besuchersicherheit eine dauerhafte Alternative mit dem FD Hochbau zusammen erarbeitet und im Denkmalbeirat bereits vorgestellt. Der geplante Sichtschutz obliegt Bestimmungen für Veranstaltungsstätten. Daher kommt nur ein festverbauter Sichtschutz in Frage, da er gleichfalls im Bereich der hinteren Notausgänge unter Berücksichtigung aller Sicherheitsbedingungen gesetzt werden soll. Somit könnte die Besuchersicherheit, Sichtschutz aus winddurchlässigem Meshgewebe - gekoppelt mit einem dauerhaften Aufdruck „Schlossparkbühne Marburg – Kulturort seit 1928“ (vom Schlosspark aus sichtbar) - errichtet werden. Im Zusammenwirken zwischen FD Erwin-Piscator-Haus, FD Hochbau und Denkmalschutz wird darauf geachtet, dass der geplante Sichtschutz in seinen Maßen der Schlossparkbühne insgesamt angemessen ist.

Dr. Thomas Spies  
Oberbürgermeister

## Kleine Anfrage Nr. 30

zur Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 16. Juli 2021

<b>Fragesteller*in:</b>	Tanja Bauder-Wöhr
<b>Fraktion / Partei:</b>	Marburger Linke

Hat der Magistrat der Stadt Marburg zu diesem Vorhaben Sichtschutz auf der Schlossparkbühne anzubringen, die Expertise des Denkmalschutz eingeholt, was sagt das HLTM dazu?

<b>Stellungnahme/Antwort durch:</b>	FD 45 - Erwin-Piscator-Haus
<b>Dezernent/Dezernentin:</b>	Oberbürgermeister Dr. Thomas Spies

### Stellungnahme/Antwort:

Die geplante Maßnahme bezüglich Sichtschutz im hinteren Bereich der Schlossparkbühne (Areal hinter dem Stellwerk) wurde sehr ausführlich durch den FD Erwin-Piscator-Haus und den FD Hochbau am 25. Mai 2021 im Denkmalbeirat vorgestellt und erläutert. Der Denkmalschutz war bereits bei einem Vororttermin anwesend und wird bei allen Planungsschritten weiterhin mit einbezogen. Allen Beteiligten ist bewusst, dass das Areal unter Denkmalschutz steht. Es soll sich insgesamt um eine adäquate und besuchersichere Aufwertung des Geländes handeln. Veranstaltungen auf der Schlossparkbühne sollen im Sinne aller Veranstalter zahlenden Gästen vorbehalten sein.

Das Hessische Landestheater zählt zu den Veranstaltern, die beim Erwin-Piscator-Haus (Betreiber der Schlossparkbühne) das Areal Schlossparkbühne jeweils für mehrere Wochen im Frühsommer mieten.

Dr. Thomas Spies  
Oberbürgermeister



## Kleine Anfrage Nr. 31

zur Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 16. Juli 2021

<b>Fragesteller*in:</b>	Michael Selinka
<b>Fraktion / Partei:</b>	CDU/FDP

Mit welchen Organisationen der Zivilgesellschaft wird die von der Stadt geplante Anti-Diskriminierungsstelle im Bezug auf Antisemitismusprävention zusammenarbeiten und inwiefern ist ein Austausch mit dem Landesbeauftragten für jüdisches Leben und gegen Antisemitismus Uwe Becker geplant?

<b>Stellungnahme/Antwort durch:</b>	FB 7 - Zivilgesellschaft, Stadtentwicklung, Migration und Kultur
<b>Dezernent/Dezernentin:</b>	Oberbürgermeister Dr. Thomas Spies

### Stellungnahme/Antwort:

Die Projektstelle Antidiskriminierungsarbeit der Stadt Marburg wird sich mit städtischen Fachdiensten, kommunalpolitischen Gremien, lokalen Institutionen, freien Träger\*innen, Religionsgemeinschaften (z.B. die Jüdische Gemeinde), die sich gegen Diskriminierung und für Gleichbehandlung und Vielfalt einsetzen, vernetzen. Dabei geht es u.a. um Öffentlichkeitsarbeit, abgestimmte Konzeptionserstellung und auch um präventive Maßnahmen. Ein Schwerpunkt wird zudem darauf liegen, in Abstimmung mit anderen Akteur\*innen in Marburg Erst- und Verweisberatung für Menschen, die Diskriminierungserfahrungen gemacht haben, anzubieten.

Die Stelleninhaberin wird zunächst auf lokale Communities und Expert\*innen für die jeweiligen Diskriminierungserfahrungen zugehen, um ein Marburger Netzwerk gegen Diskriminierungen aufzubauen. Voraussichtlich ab Herbst diesen Jahres wird sie dann gezielt auch überregionale Kontakte vertiefen bzw. neu knüpfen.

Dr. Thomas Spies  
Oberbürgermeister

## Kleine Anfrage Nr. 32

zur Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 16. Juli 2021

<b>Fragesteller*in:</b>	Michael Selinka
<b>Fraktion / Partei:</b>	CDU/FDP

In welchem Umfang hat die Stadt Marburg im Zeitraum 01.04.2020 - 16.07.2021 mobile und feste Luftfilteranlagen gekauft, bestellt und in Betrieb genommen und welche Räumlichkeiten bzw. Institutionen etc. sind mit den Filteranlagen ausgestattet worden?

<b>Stellungnahme/Antwort durch:</b>	FD 65 - Hochbau
<b>Dezernent/Dezernentin:</b>	Bürgermeister Wieland Stötzel

### **Stellungnahme/Antwort:**

In dem genannten Zeitraum wurden seitens der Stadt Marburg 20 mobile Luftreinigungsgeräte erworben. Bisher wurden lediglich fünf dieser Geräte von Einrichtungen angefordert und verteilt. 2 Stück im Kindergarten Michelbach Nord, 1 Stück in einem Büro des FD 21, 2 Stück im Kindergarten der IKJG im Stadtwald.

15 Geräte sind derzeit noch verfügbar.

Zusätzlich wurde ein Filtergerät mit zusätzlicher Frischluftversorgung von der Fa. Viessmann gespendet und im Kindergarten Emil-von-Behring-Straße fest installiert.

Zu erwähnen ist des Weiteren die Beauftragung von zusätzlich 24 dezentralen Lüftungsgeräten, welche Fensterlüftung entbehrlich machen. Diese werden bis zum Ende der Sommerferien an verschiedenen Standorten (vorwiegend Schulen) installiert und in Betrieb genommen. Die Gesamtkosten dieser 24 Einzelraum-Lüftungsanlagen betragen rd. 454.000,-€.

Wieland Stötzel  
Bürgermeister

## Kleine Anfrage Nr. 33

zur Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 16. Juli 2021

<b>Fragesteller*in:</b>	Salomon Lips
<b>Fraktion / Partei:</b>	Klimaliste Marburg

Welche städtischen Flächen sind mit Zisternen bestückt und dienen dem Bewässern ebendieser? (Insbesondere städtische Friedhöfe und Parkanlagen, Grünflächen auf städtischen Gebiet.)

<b>Stellungnahme/Antwort durch:</b>	FD 65 - Hochbau
<b>Dezernent/Dezernentin:</b>	Bürgermeister Wieland Stötzel

### Stellungnahme/Antwort:

An folgenden städtischen Liegenschaften sind Zisternen verbaut:

Schule am Schwanhof  
Emil-von-Behring-Schule  
Erich Kästner-Schule  
Kindertagesstätte St. Martin Str.  
Kindertagesstätte Brunnenstr. 1  
Kindertagesstätte Bauerbach  
Mehrzweckhalle Cyriaxweimar  
Kleine Halle, Georg-Gaßmann-Stadion  
Friedhofskapelle bzw. Feuerwehr Hermershausen  
Friedhofskapelle (Hauptfriedhof Rotenberg)

Das dort gesammelte Wasser wird entweder für Toilettenspülungen oder zur Gartenbewässerung genutzt.

Wieland Stötzel  
Bürgermeister

## Kleine Anfrage Nr. 34

zur Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 16. Juli 2021

<b>Fragesteller*in:</b>	Lukas Ramsaier
<b>Fraktion / Partei:</b>	Bündnis90/Die Grünen

Wie viele Ampeln sind dem Magistrat der Stadt Marburg im Stadtgebiet bekannt, die garnicht auf Grün umschalten, wenn sich ausschließlich Fahrradfahrer\*innen davor befinden – und nicht gleichzeitig noch PkWs/LkWs warten? (z.B. weil die Sensorik nicht auf die leichteren Radfahrer\*innen anspringt)

Bitte jeweils die Ampeln jeweils mit genauem Standpunkt und der jeweiligen (technischen) Ursache auflisten.

<b>Stellungnahme/Antwort durch:</b>	FD 33 - Straßenverkehr
<b>Dezernent/Dezernentin:</b>	Oberbürgermeister Dr. Thomas Spies

### Stellungnahme/Antwort:

Die Anfrage lässt sich nicht pauschal mit einer Liste beantworten, da hier viele technische Details eine Rolle spielen.

Das Gewicht der Radfahrerinnen und Radfahrer ist für die Detektion an Lichtsignalanlagen unerheblich, da die verbauten Schleifen das Erdmagnetfeld messen und bei Veränderungen eine Anforderung auslösen. Diese Feldveränderungen entstehen durch Stahlteile an Fahrzeugen. Ist die Veränderung zu gering, weil das jeweilige Fahrrad aus Aluminium, Holz oder Karbon ist, oder evtl. die Schleife nicht überfährt, erfolgt keine Detektion.

Werden Beschwerden hierüber an die Straßenverkehrsbehörde oder den FD Tiefbau herangebracht, erfolgt zunächst eine Überprüfung der jeweiligen Schleife über den Verkehrsrechner und sofern sinnvoll möglich, eine sensiblere Einstellung durch einen Techniker. Hier besteht jedoch stets die Herausforderung, die Schleife nicht so sensibel einzustellen, dass durch das Magnetfeld der Gegenverkehr oder benachbarte Spuren erfasst werden. Probefahrten mit Fahrrädern sind hierbei obligatorisch.

Aktuell sind Beschwerden über die Lichtsignalanlagen

- Cappeler Straße/Zepplinstraße – beide Linksabbiegespuren
- Konrad-Adenauer-Brücke/Zepplinstraße – Linksabbiegespur i. R. Südbahnhof

bekannt, an deren Lösung aber bereits gearbeitet wird.

In Spuren, in denen alte Schleifen mittig der Fahrbahn liegen, erfolgt oftmals keine Erfassung bis zum Fahrbahnrand. In diesen Fällen werden dann Detektionskameras nachgerüstet. Bei Neuprojektierungen werden Schleifen mittlerweile, sofern technisch sinnvoll möglich, bis an den Fahrbahnrand gelegt. Um insgesamt eine bessere Detektion zu erreichen, werden meist zusätzlich Kameras eingesetzt.

Abschließend bleibt jedoch anzumerken, dass alle auf dem Markt befindlichen Detektionssysteme ihre technischen Grenzen haben und eine 100-prozentige Detektion, unabhängig von der Verkehrsart, nicht realistisch ist.

Dr. Thomas Spies  
Oberbürgermeister